

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

144 (24.6.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Mehrerhebung Rabatt nach Tarif, bei Nichterhaltung des Zahlungsplanes, bei gerichtlichem Bescheid nach Tarif, bei Erfüllung des Zahlungsplanes und bei sonstiger außerordentlicher Erfüllung des Zahlungsplanes 10. Tarif nach Tarif. Die Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Rufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. D. oder Juleitung 2,10 Mark o. D. Durch die Post 2,50 Mark o. D. Einjahrespreis 15 Pfennig o. D. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. D. Postkontos 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Poststraße 20 o. J. Strauß 7020 und 7021 o. Postfach-Mittelteil: Durlach, Hauptstraße 9; D. Baden, Jagdstraße 12; Reffelt, Poststraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 144

Karlsruhe, Dienstag, den 24. Juni 1930

50. Jahrgang

Kampf der Wirtschaftskrise!

Die Abwehrovorschläge der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung die angelegentlichsten Richtlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Überwindung der Finanznot beschlossen. Sie haben folgenden Wortlaut:

I. Die unsozialen geldgeberischen Maßnahmen der Regierung Brüning haben die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu beseitigen vermocht. Die von der Regierung aufgestellten neuen Pläne führen zu weiteren, ungerechten Belastungen und bedrohen das Wirtschaftsgeschehen aufs neue mit Verarmung der Massen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, obgleich in Opposition, sieht es daher als ihre Pflicht an, geeignete Wege zur Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu weisen.

II. Eine Senkung des Einkommens der unteren Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern mah die Krise vertiefen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage fordert einen allgemeinen Wiederaufbau der Wirtschaft durch Anwendung der Kartellverordnung und die Pflicht sofortiger Herabsetzung derjenigen Zölle, die lediglich der Sozialhaltung der Inlandspreise dienen. Ebenso sind die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zu senken. Dabei hat der Abbau der Preise für Rohstoffe eine besonders große Bedeutung. Zugleich muß jedoch durch den Abbau der hohen Zölle der Inlandsindustrie, durch Beseitigung der Ausnahmesteuern auf große Landbesitzverhältnisse, insbesondere der Konsumsteuern, auch der Abbau der Preise im Kleinvertrieb gesichert werden.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb ist die sofortige Ratifizierung der vorerwähnten Handelsverträge und des Genfer Abkommens über den Zolltarif notwendig. Der Zolltarif der Reichsnoten ist zu senken und damit auch auf Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite hinzuwirken. Die produktive Erwerbslosenfürsorge durch den Kleinwohnungsbau sind durch Herabsetzung von Zinsen und Umwandlung der kurzfristigen Gemeindefinanzen in langfristige zu erweitern. Der Kleinwohnungsbau ist zu fördern durch Bereitstellung größerer Mittel aus der Staatskasse. Alle Finanzierungsmaßnahmen für den Straßenbau sind zu ermöglichen. Die Post- und Fernsprechanlagen beschleunigt den Verkehr entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und die Eisenbahnen und Regeneise auszubauen.

Die große Arbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unter Sicherung der Arbeitslosen und ihrer Familien ein dringliches Bedürfnis. Darüber hinaus ist angebracht, die sozialistische Rationalisierung eine weitere Vertiefung der Arbeitslosigkeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

III. Zur Überwindung der Finanznot, die durch die schwere Wirtschaftskrise entstanden ist, müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nur bei einem ausgeglichenen Haushalt kann die Pflicht der Allgemeinheit zur Fürsorge für unverschuldet lebende Volksschichten erfüllt werden. Die soziale Verpflichtung des Reiches muß unangefastet bleiben. Das gilt insbesondere von den Leistungen für die Arbeitslosen.

In der jetzigen Not ist äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperschaften unumgänglich notwendig. Wenn auch finanzielle Ausmaß an sofort wirksame Sparmaßnahmen ist, müssen doch die bestehenden Möglichkeiten restlos ausgenutzt werden. Dabei dürfen Beschäftigungen in der Fürsorge für die Arbeitslosen oder bei sozialpolitischen Notwendigkeiten nicht eingespart werden.

Vor allem müssen die Ausgaben für militärische Zwecke erheblich gesenkt werden, ebenso diejenigen für den auswärtigen Dienst, für hohe Pensionen und Gehälter und andere veraltete und lastige Zwecke, die mit dem Geist der Wirtschaft und Finanzlage nicht im Einklang stehen. Auf Ausgaben für Kriegsgeldern ist das sonstige Einkommen bei Herabsetzung der bestimmten Freiheiten einzusparen. Parteigeldempfänger unter Genüßung der früheren Bezüge zur Überwindung der Wirtschaftskrise im öffentlichen Dienst zu veröffentlichen. Durch alle diese Maßnahmen lassen sich erhebliche Teile des Fehlbetrages decken. Darin sind einige größere Ausgabenposten entweder zeitlich zu verschieben, oder vorübergehend durch Überweisung von Schuldtiteln abzudecken.

IV. Soweit mit diesen Mitteln eine volle Deckung des Haushalts nicht zu erreichen ist, muß sie durch neue Einnahmen herbeigeführt werden. Entsprechend ihrer bisherigen Stellung verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, daß in erster Linie die leistungslosen Volksschichten herangezogen werden. Am besten und gerecht ist dies durch einen allgemeinen Zusatz zur Einkommensteuer zu erreichen, dessen Höhe auf 10 Prozent festzusetzen ist. Nur wenn durch diese Zuschläge zur Einkommensteuer die Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Leistungen notwendigen Mittel nicht voll beschaffen werden können, ist daneben eine Herabsetzung der Einkommensteuer für die unteren Einkommensschichten notwendig. Selbstverständliche Voraussetzungen sind jedoch, daß diese Abgabe zeitlich befristet wird, und die kleinen Einkommen davon befreit werden, und daß die sozialen Ermäßigungen Rechnung trägt.

V. In dem Zusammenhang der Gemeindefinanzen durch die immer wachsenden Wohlfahrtsausgaben zu vermindern, muß den Gemeinden die Ausgaben für die Krisenfürsorge abgenommen werden.

werden. Um zu vermeiden, daß wirtschaftsschädliche Steuerquellen erneut angeknüpft werden, ist eine nach der Ausnutzung der Möglichkeiten zu stoffelnde Schenksteuer einzuführen. Die als Bürgerabgabe bezeichnete Kopfsteuer ist abzulehnen. Die Gehaltsordnungen der Länder, Gemeinden, Körperschaften des öffentlichen Rechts dürfen die Gehaltsätze der Reichsbesoldungsordnung nicht überschreiten.

VI. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reiches muß dem doppelten Zweck dienen, die Finanzen durch Sparsamkeit und gerechte Verteilung der unvermeidlichen Lasten in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftskrise zu überwinden, was nur unter Aufrechterhaltung der Lebenshaltung und der Konsumkraft der breiten Massen möglich ist.

Eine Politik, die gegen diese Gesichtspunkte verstößt, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf das Entschiedenste bekämpfen.

Dies sind die Maßnahmen, die die Sozialdemokratie zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanznot für erforderlich hält. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, die Vorschläge im Einzelnen näher zu erörtern und noch vielmehr, sie zur Durchführung zu bringen.

Auf der Suche nach einem Finanzminister

Die Deutsche Volkspartei macht neue Schwierigkeiten

Der Reichskanzler hat immer noch keinen Finanzminister. Die demokratische Reichstagsfraktion, die sich am Montag mit der Kandidatur ihres Mitglieds, des Reichswirtschaftsministers Dietrich für das Finanzministerium befaßte, ließ Herrn Brüning durch ihren Vorsitzenden wissen, daß sie nicht beabsichtigt, das Finanzministerium zu übernehmen. Der Reichskanzler wartete mit bestimmten Erklärungen auf, jedoch sich die demokratische Reichstagsfraktion am Dienstag noch einmal mit der Frage beschäftigten, ob Reichswirtschaftsminister Dietrich in das Finanzministerium überwechseln soll oder nicht. In maßgebenden Kreisen der demokratischen Partei hält man es für nicht wahrscheinlich, daß der Reichskanzler in der demokratischen Partei seinen Finanzminister findet.

Die Volkspartei macht neue Schwierigkeiten. Sie hat die Reichsregierung Montag in später Abendstunde wissen lassen, daß sie das Notopfer der Beamten und Festbesoldeten unter allen Umständen ablehnen werde. Überhaupt beabsichtigt sie von dem Zustandekommen einer Einigung über das Finanzprogramm ihr weiteres Verhalten zum Kabinett Brüning abhängig zu machen und gegebenenfalls den Reichsaussenminister Dr. Curtius aus dem Kabinett zurückzuziehen. Im Falle einer Einigung würde sie jedoch bereit sein, sich wieder mit einem zweiten Minister an der Regierung zu beteiligen.

Die von der Volkspartei gewünschte Verteidigung läuft natürlich auf die einseitige Verwirklichung der Unternehmerrückstellungen hinaus. Sie wünscht vor allem Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten. Das schwebt ihr der Schiedspruch von Dornhausen als leuchtendste Beispiel vor.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Immer noch andauernder Konjunkturverfall

Das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland teilt mit: Der Arbeitsmarkt hätte in der ersten Hälfte des Juni infolge des fast in allen Bezirken sehr starken Bedarfs der Landwirtschaft, die eine große Zahl berufsloser Arbeitskräfte für die Sommerernte einstellte, sowie durch den erhöhten Saisonbedarf des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes und durch das fröhliche Einsetzen der Saison in der Konfektverfertigung eine erhebliche Entlastung erfahren können, wenn die Wirkung der belebenden Momente durch den immer noch andauernden Konjunkturverfall nicht zum großen Teil wieder ausgeglichen worden wäre. — In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 15. Juni folgender: 66 388 Personen (52 424 Männer, 13 964 Frauen), in der Kräfteunterstützung 15 794 Personen (12 661 Männer, 3 133 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 1. bis 15. Juni um 4 231 Personen oder um 4,9 v. H. von 86 413 Personen (68 893 Männer, 17 520 Frauen) auf 82 182 Personen (65 055 Männer, 17 097 Frauen); davon kamen auf Württemberg 27 358 gegen 29 508 bzw. 11 840 und auf Baden 54 824 gegen 56 905 bzw. 35 315 am 31. Mai 1930 bzw. 15. Juni 1929. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschlands kamen am 15. Juni 1930 auf 1000 Einwohner noch 16,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 17,2 am 31. Mai 1930 und 9,4 am 15. Juni 1929.

Die ungelerten Arbeiter machten mit rund 34 000 Personen ein Viertel der Gesamtzahl aus. Sodann folgten rund 29 000 Metallarbeiter, die bei einer Verdoppelung der Zahl des Vorjahres die absolut größte Zunahme gegen das Vorjahr aufzuweisen haben. Die relativ größte Verschlechterung gegen das Vorjahr aber ist im Baugewerbe eingetreten, wo ein Bestand von fast 10 000 arbeitssuchenden Berufsanwärtern am 15. Juni ds. Js. eine Verbleibung der Arbeitslosigkeit gegen die gleiche Zeit des Vorjahres bedeutet. Zählt man die noch gemeldeten Baubüroarbeiter hinzu, so muß angenommen werden, daß Mitte Juni ds. Js. noch etwa 20 v. H. der Bauarbeiter beschäftigungslos waren.

Die Sachsenwahlen

G. Sch. Wenn jemals der Ausfall einer Wahl von vornherein ziemlich genau zu berechnen war, so der der Sonntagswahlen in Sachsen. Daß die Sozialdemokratie unter den gegebenen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen einen Gewinn davontragen werde, schied aus jeder Wahlfaktulation aus; ebenso aber auch, daß sie sich eine Niederlage holt, an die aber törichterweise in gewissen bürgerlichen Kreisen geglaubt worden ist. Der mit riesigem Geschrei geführte Kampf gegen den Marxismus hat zu keinem Erfolg geführt. Die sächsische Sozialdemokratie hat sich im allgemeinen gut geschlagen, eine etwas unangenehme Überraschung ist nur der starke Stimmenverlust im Bezirk Dresden-Bautzen, der der Partei ein Mandat kostet. Die Kommunisten haben sich ebenfalls gehalten, was angesichts der herrschenden Not erwartet wurde und wer konnte daran zweifeln, daß die Nazis sich stark vermehren werden? Und ebenso sicher stand zu erwarten, daß die Nazis unter den übrigen bürgerlichen Parteien ein Gemisch veranstalten werden. Die Deutschnationalen und die Volksparteier sind geradezu vernichtend von den Nazis geschlagen worden. Worüber bei uns keinerlei Trübsal zu herrschen braucht, denn die sächsischen Deutschnationalen und Volksparteier sind womöglich politisch noch charakterloser und infamer, als sonst im Reich. Als ein beachtenswertes Zeichen darf die Tatsache angesehen werden, daß auch das Landvolk und die Wirtschaftspartei Verluste erlitten haben und daß der Verlust des Herrn Wahren, mit einer sogenannten überparteilichen Partei politische Geschäfte machen zu können, glatt gescheitert ist. Und die politische Schwundlust der Demokraten ist schon seit längerer Zeit als unheilbar allgemein bekannt. Das Zentrum spielt in Sachsen keine Rolle.

So haben die Sachsenwahlen ein Ergebnis gezeigt, wie es sich im Reich im allgemeinen wiederholen würde, wenn wir jetzt zu Reichstagswahlen schreiten müßten. Die Sozialdemokratie ist auch im Reich nicht zu erschüttern, ebenso wenig das Zentrum; aber wie in Sachsen würden auch bei Reichstagswahlen die Nazis unter den bürgerlichen Parteien ein Schlachtfeld veranstalten. Bei dem sichtbar fortschreitenden Zerfall der bürgerlichen Parteien — das Zentrum ausgenommen — über den die Nazis in der nächsten Zeit auf große Wahlerfolge rechnen, sie werden dann in allen Parlamenten, in denen sie ein Machtfaktor geworden sind, die größten Schwierigkeiten anrichten und dann den heute schon feststehenden Beweis liefern, daß mit ihnen weder gefügbar noch verantwortungsbewußte Arbeit geleistet werden kann. Und so glauben wir, daß aus dem Zerfall der bürgerlichen Parteien und aus dem vorübergehenden raschen Aufstieg der Nazis nach heftigen innerpolitischen Kämpfen und nach schweren Schädigungen des deutschen Volkes ein neues bürgerliches Parteigebilde entstehen wird. Freilich wird das deutsche Volk diesen innerpolitischen Zerlegungs- und Umwandlungsprozess teuer bezahlen müssen. Wir werden das bereits in Sachsen in der nächsten Zeit in noch höherem Maße erleben, als es bisher schon der Fall gewesen ist; denn ob nunmehr in Sachsen die Möglichkeit vorhanden ist, eine Koalition zu bilden, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, scheint uns bei der Engstirnigkeit des größten Teils des sächsischen Bürgertums sehr unwahrscheinlich. Das Parteienkreuz wird somit einer zu bildenden Mehrheit, falls überhaupt eine solche zustande kommen kann, gleichsam den Stempel aufdrücken. Herr Fricke in Thüringen wird vielleicht in Dresden einen oder zwei Kollegen bekommen. Und dann kann es lustig werden.

Die Sozialdemokratie ist nicht niederzuerwerfen, das hat der letzte Sonntag in Sachsen wiederum bewiesen und jede weitere Wahl wird das ebenfalls beweisen, aber dank der Tatsache, daß noch große Teile der Arbeiter- und Angestelltenklasse den Kommunisten nachlaufen, kann die proletarische Klasse nicht den Einfluß und die Macht ausüben, die allein das deutsche Volk vor weiteren schweren Schlägen schützen könnten. Und so können im Verlaufe der Ereignisse Situationen eintreten, die zu Handlungen und Maßregeln von größter Tragweite führen. So wie die Dinge jetzt schon in vielen Landesparlamenten und auch im Reichstage stehen, können sie auf die Dauer nicht bleiben. Die Größe und die Schwere der immer neu auftauchenden und zur Lösung drängenden Aufgaben verbietet das.

Im übrigen wird man aber innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie wohl sich auch ernstlich zu fragen haben, ob auch in der Zukunft nach den Regeln weiter verfahren werden soll, die bisher von der Mehrheit befolgt worden sind. Der Glaube daran, daß die bisherige Taktik die allein richtige und die glückliche war, scheint uns doch etwas ins Wanken gekommen zu sein. Wir schätzen das aus ersten Unterhaltungen mit sächsischen Genossen, die die Parteiarbeit leisten müssen. Und warum Wahlen erzwingen, wenn, wie bei

der Wahl am Sonntag, der Ausgang so klar voraussehen ist? Damit tritt fünf vierzehn oder fünfzehn Nationalsozialisten in ein Parlament einziehen? Wir nehmen an, daß darüber in der nächsten Zeit auch in Sachsen eingehend geredet werden wird.

Berliner Polizeipräsident gegen Hakenkreuz

Erschlagzeitgen werden beschlagnahmt

Aus Berlin wird gemeldet:

Wie wohl kaum anders zu erwarten war, haben die Nationalsozialisten versucht, das Uniformverbot zu umgehen. Statt der Uniform kleideten sich die Hakenkreuzler einheitlich in weiße Hemden, auf die sie das Parteiabzeichen setzten. Sie haben sich damit eine neue Parteiuniform geschaffen. Infolgedessen wird die Berliner Polizei in Zukunft auch gegen dergleichen gekleidete Nationalsozialisten einschreiten und ihre Parteiabzeichen beschlagnahmen.

Hierzu wird unterm 23. Juni aus Berlin weiter gemeldet:

Der Polizeipräsident hat im Einvernehmen mit dem Rat der Stadt Berlin ortspolizeilich verfügt, daß das Tragen der sogenannten Parteiuniform der Nationalsozialistischen Partei mit einer Strafe bis 150 M bzw. mit 14 Tagen Haft bestraft wird. Zur Uniform gehören alle Gegenstände gerechnet, die abweichend von der bürgerlichen Kleidung Zweckmäßigkeit zu der Partei oder deren Organisation erkennen lassen. Mit derselben Strafe wird bestraft, wer bei Veranstaltungen unter freiem Himmel Hakenkreuzfahnen und -Abzeichen oder unformähnliche Kleidungsstücke der Nationalsozialistischen Partei trägt.

Die Maßnahmen Hessens

Hessen hat bekanntlich sein Uniformverbot erlassen. Daneben hat es andere Maßnahmen getroffen, worüber der hessische Innenminister in einem an die folgende Mittelteilnahme machte: Ähnlich wie in Preußen wird das Justizministerium um beschleunigte Aburteilung und Erledigung aller Verfahren in Terrorfällen angegangen werden, wobei ich mir aber am meisten davon verspreche, daß durch eine Art politischen Hochschußes gegenüber auswärtigen Nationalsozialisten Hessen vor dem Einfall uniformierter Rowdies geschützt wird. Durch die systematische Waffendurchsuchung ist sehr viel erreicht worden zur Abschwächung des Kampfes. Gegen die Frankfurter Nationalsozialisten, die geradezu berufsmäßige Ueberfälle in Hessen veranfaßten, ist ebenfalls mit Erfolg durchgegriffen worden. Dieses „Einfuhrverbot für uniformierte Nationalsozialisten aus Frankfurt“ hat seinen Zweck erfüllt. Außerdem ist im Gegensatz zu anderen Teilen des Reiches bei den politischen Parteien seit langem eine rege Abwehr im Gange, die sich nicht nur auf die republikanischen Parteien erstreckt, sondern auch vom Bauernbund und der Deutschen Volkspartei betrieben wird. Infolgedessen sind die Nationalsozialisten in Hessen neuerdings geradezu ängstlich auf ihre Wohnortständigkeit bedacht und haben sie sich auch gerichtlich bekämpfen lassen.

Getarnte Nationalsozialisten

Der Reichsleiter der nationalsozialistischen Schule Dr. von Renteln hielt auf der in diesen Tagen in Weimar abgehaltenen Reichstagung des nationalsozialistischen Schülerbundes eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Während die Hitlerjugend Aufmärsche, Geländespiele usw. veranstaltet, ist der Schülerbund eine Organisation, deren Mitglieder nicht in der Lage sind, auf der Straße in Braunschweig zu demonstrieren, deren Mitglieder also, bestünde der Schülerbund nicht, dem Nationalsozialismus verloren gingen. Selbstverständliche Pflicht eines jeden Schülerbundesführers ist es, immer wieder zu betonen, daß der Schülerbund im Rahmen der großen Jugendfront des Nationalsozialismus nichts anderes darstellt als eine Vorstufe zur Hitlerjugend und SA. Ebenso selbstverständliche Pflicht eines jeden Schülerbundesmitgliedes ist es, sobald es dem Terror der Schule nicht mehr ausweichen kann, unverzüglich in die Kampforganisation der nationalsozialistischen Jugend, in die Hitlerjugend und SA, einzutreten.

Es kann nach diesen Ausführungen über Ziel und Zweck des nationalsozialistischen Schülerbundes wohl nicht mehr der geringste Zweifel bestehen. Der Bund ist nichts anderes als eine getarnte Parteiorganisation der Nationalsozialisten an den Schulen. Insofern steht er im Widerspruch zur Reichsverfassung und muß infolgedessen verboten werden.

Pleite rheinischer Hugenbergblätter

Im Rheinland haben dieser Tage verschiedene Hugenbergblätter die Pleite angemeldet. Die deutschen nationalen Zeitungen in Köln und Redaktionsbauten werden schon demnächst ihr Erscheinen einstellen. Andere deutsch-nationale Blätter — wie z. B. das in Münster — sollen künftig nur noch als Revueblätter herausgegeben werden. Der Hugenbergkongress hat die Auflösung bisher bestehender rheinischer Zeitungen bzw. den Verzicht auf das Weitererschienen eines Teiles seiner rheinischen Blätter beschlossen, nachdem er diesen Verlangen bzw. Zeitungen monatlich je 20 000 M Zuschuß geleistet hat. Umsonst, die Blätter können bzw. gehen von Tag zu Tag zurück. So folgt dem politischen Niedergang Hugenbergs nunmehr auch der Niedergang seiner Blätter. Es ist bemerkenswert, daß der Hugenbergkongress mit den Nationalsozialisten verhandelt hat, um ihnen die abnennungslosen Blätter anzubieten. Die Verhandlungen sind jedoch gescheitert, nachdem Hitler den Braten gerochen hatte.

Wuhlhofer in Schwierigkeiten

Der frühere bayerische Landwirtschaftsminister Wuhlhofer ist mit seiner landwirtschaftlichen Genossenschaft in Straubing (Niederbayern) in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Verschuldung soll eine Million weit übersteigen und im wesentlichen auf den verlustreichen Güterhandel des früheren Ministers zurückzuführen sein, der bei einem Geschäft in Steiermark allein eine Viertelmillion überließ. Die Einrichtung der Mündener Genossenschaft wurde bereits erwähnt. Die Verschuldung der Angehörigen der Wuhlhofer-Familie des früheren Ministers einhundert Landwirte, deren Genossenschaftsanteile mit einer Haftung von 2000 M verbunden sind. Einige Hoffnungen besitzen die Geschädigten noch in einem Sanierungsversuch durch den genossenschaftlichen Nationalisierungsfonds des Reiches, an den sich Wuhlhofer mit der Bitte um Hilfe gewandt hat.

England und das Ostafrika-Mandat

Das englische Kolonialamt hat der Öffentlichkeit zwei Dokumente übergeben, die sich mit der Zusammenfassung und inneren Reorganisation von Britisch-Ostafrika befassen. Die Vorschläge werden von einer Kommission unterbreitet, die sich seit längerer Zeit mit dem Problem Britisch-Ostafrika beschäftigt hat. Die beiden Dokumente bestätigen die bisherige Ostafrikapolitik der Regierung und geben zugleich die Absicht Englands kund, die beiden Kolonien Uganda und Kenia sowie das Mandatsgebiet Tanganyika, früher Deutsch-Ostafrika, enger zusammenzuschließen. Das von dem Völkerbund an England übertragene Mandat über Tanganyika läßt eine derartige, jetzt von England beschlossene Maßnahme zu und die von der Kommission empfohlenen Vorschläge bemühen sich, den vom Völkerbund vorgeschriebenen Satzungen gerecht zu werden.

Ernährungsdebatte im Reichstag

Neue Zollpläne Schieles zur Verteuerung der Lebenshaltung

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drabt.) Im Reichstag wurde am Montag der Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft behandelt.

Minister Schiele

fühlte sich bedrückt durch die zu erwartende gute Roggenenernte. Er meinte, daß nur ein erhöhter Roggenverzehr von jährlich mindestens 750 000 Tonnen eine neue Krise verhindern könne. Darüber hinaus verlangte er Einschränkung der Futtermittelzufuhr, erhöhter Zölle für Getreide, und eine Umstellung von Hafer- und Gerstenaufbau auf Sommerweizenanbau. Die Zuder- und Kartoffelzölle müßte durch den Sortenbeimischungswa zu Binsen und Binsol gelöst werden. Dann verlangte der Minister

erhöhten Zollfuß für Butter, Eier, Mais und Fleisch.

Der Milchverbrauch solle durch das Reichsmilchgesetz gehoben werden. Anschließend befürchtete Schiele eine neue Ueberproduktion. Schiele schloß Eierzölle vor und die Waade von verbleibendem Mais zur Hebung der deutschen Getreidepreise. Zur Dürftigkeit verlangte er, daß mindestens 80 v. H. aller Viehfütterungsmittel dem Osten zuzuführen sollen. Für die Umsiedlung seien in den nächsten 5 Jahren vom Reich und Preußen 400 Millionen aufzuwenden.

Abg. Schmidt-Röppel (SPD.)

bestritt, aber, daß die Absichten des Ministers in allen Teilen richtig seien. So sei entgegen der Behauptung des Ministers die Landwirtschaft im Osten nicht bis zu 100 Prozent verlustlos, sondern die wirkliche Vergrößerung betrage nur 30-40 Prozent des Wertes. Schmidt verlangte von der Landwirtschaft, daß sie selbst große Kraftanstrengungen zur Abwehr machen solle. 80 Prozent der deutschen Landwirte könnten noch nicht kaufmännisch wirtschaften. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften nähmen heute von 14-16 % Zinsen. Es wird

in den landwirtschaftlichen Organisationen mit viel zu viel

gearbeitet. Vom Brotgetreide verlangt der Bedner, daß es das Brotgewicht festsetze. Das Weingeist sei keine Hilfe für den Weinbau, nur der Ausbau von Qualitätsweinen könnte helfen, da letzteren aber

vielfach die Weinbauern unvernünftigen Widerstand. Schmidt sprach sich dagegen aus, daß Reichsmittel generell für die Besserhaltung auszugeben werden. Außerdem forderte er, daß für die Süßwaren nach dem Osten eine feste Begrenzung gezogen werde. Auch der Osten Deutschlands müsse sich mit den Grenzen abfinden, die durch den Vertrag gezogen seien, da wir keinen neuen Krieg wollen.

Der deutsch-nationale Abg. Herat antwortete sofort, daß sich keine Partei niemals mit diesen Grenzen abfinden könne. Ihm gehe das Programm noch nicht, es lasse das Uebel nicht an der Wurzel an. Mit großer Enttäuschung wandte sich Herat dann gegen die Vermutung, daß eine Verbindung zwischen Ostafrika und Finanzreform hergestellt werde. Einem solchen unünftigen Druck würden sich die Deutsch-nationalen nicht fügen. Das Aus laute über den Osten Mann, denn wie oft schon ist seine Forderung eingeleitet, wenn eine so unglückliche Verbindung hergestellt worden war.

Der Zentrumsmann Bornstedt meinte, man dürfe nicht mehr lange verhandeln, sondern es müßte der Landwirtschaft praktisch geholfen werden. Interessant ist, daß der Zentrumsmann zugab, daß mit jollpolitischen Maßnahmen allein der Landwirtschaft nicht mehr geholfen werden kann. Auch verlangte er ganz im Sinne unserer Forderungen, daß der Roggen- und Weizenbau eine Umstellung erfahren müßte.

Der volksparteiliche Günther beklagte die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte zwischen Erzeuger und Verbraucher. Dazu hat er die letzte Urfache, denn keine Partei ist ja niemals für einen notwendigen Einschränkung des Zwischenhandels zu haben.

Ganz im alten Sinne forderte der christlich-nationale Bauernführer Hess neue Forderungen. Im übrigen ist er für einen freilich fröhlichen Handelskrieg mit Polen, um dessen Proteste sich die Reichsregierung nicht kümmern soll.

Der bayerische Volksparteiler Lang hielt eine Vorlesung über die Not der Landwirtschaft und die Bergnützlichkeits der Städte.

Der kommunistische Böhmke prophezeite für den kommenden Winter 5-6 Millionen Arbeitslose. Er wandte sich gegen das handelspolitische Weltkrisen in der ganzen Welt.

Um 7 Uhr vertagte sich das Haus aus Dienstag vorzeitig.

Freistaat Baden

Gegen ein Uniformverbot für das Reichsbanner

Vom Gauvorsitz Baden des Reichsbanners wird uns geschrieben: In einer Auslassung, die in diesen Tagen durch die badische Zentrumsprelle ging, wurde andeutungsweise davon gesprochen, daß die badische Staatsregierung aus Anlaß der Mannheimer Vorfälle auch ein Uniformverbot für das Reichsbanner näher treten wolle. In Reichsbannerkreisen ist nicht bekannt, ob dieser Vorfälle Erwägungen in unabhängigen Regierungskreisen ausrunde liegen. Da die Mitteilungen aber in ziemlich bestimmter Form gemacht sind und außerdem von einer Seite kommen, die in Baden maßgebenden Regierungseinfluß besitzt, ist wohl anzunehmen, daß sie nicht völlig aus der Luft gegriffen sind. Das Reichsbanner würde es außerordentlich bedauern, wenn die Nationalsozialisten in Mannheim auf eine Reichsbannergruppe verübten, wobei drei Reichsbannerleute schwer verletzt wurden, keine andere Konsequenz zu ziehen wählte, als die des Uniformverbotes für die republikanische Schutztruppe. Wir legen, wenn eine solche Absicht bestehen sollte, schon jetzt klaren Protest dagegen ein und betonen ausdrücklich, daß das Reichsbanner nach wie vor seine Hauptaufgabe darin erblickt, allen Bestrebungen, die sich gegen den Bestand des republikanischen Staates richten, mit aller Macht und Entschiedenheit entgegenzutreten. Das Reichsbanner hat sich auch bisher bei Erfüllung dieser Aufgabe immer im Rahmen der durch die Weimarer Verfassung gezogenen Grenzen gehalten und es ist darum berechtigt, die Anarisse, die in badischen Zentrumskreisen erhoben worden sind, als unangebracht und die Reichsbannerfrage schädigend, zurückzuweisen. Vornehmlich handelt es sich dabei um die Zurückweisung des Vorwurfs, daß Reichsbannerleute durch „unwürdige Verbalten“ gegenüber Andersdenkenden, schwere Zusammenstöße hervorgerufen hätten. Dafür müssen die Verantwortlichen dieser Mitteilung erst den Beweis erbringen. Dem Reichsbanner ist von derartigen Vorfällen, die als selbstfertige Verleumdungen bezeichnet werden müssen, nichts bekannt.

In einem Uniformverbot auch für das Reichsbanner würden alle republikanischen Organisationen einen Erlaß ihrer bewährten Protestationen erblicken können. Auch aus diesem Grunde richtet das Reichsbanner die erste Mahnung an die badische Staatsregierung, den Einflüsterungen derer, die jetzt mit guten Nachrichten kommen, aber noch niemals das Reichsbanner unterstützt haben, obwohl sie dazu verpflichtet gemessen wären, kein Gehör zu geben.

Der Badische Beobachter macht hierzu folgende ansetzende auf Informationen beruhende Mitteilungen: „Die Auslassung in den Blättern, von der hier die Rede ist, fand auch im Bad. Beobachter Aufnahme, ohne daß wir zunächst in der Lage waren, uns nähere Informationen darüber zu

verschaffen. Nach von uns nunmehr eingezogenen Erkundigungen besteht an maßgebender Stelle bei uns keine Absicht, für das Reichsbanner ein Uniformverbot auszusprechen, solange das Reichsbanner loyal den Interessen dient, für die es gegründet wurde.“

Gegen staatsfeindliche Verfeuchung der Schulen

Ein notwendiger Erlaß des Unterrichtsministeriums

Eine ministerielle Bekanntmachung des Kultusministers wurde darauf hin, daß da und dort die bedauerliche Feststellung gemacht werden muß, daß Schüler sich im Sinne staatsfeindlicher Parteien (Nationalsozialisten und Kommunisten) betätigen und zum mindesten ihre Sympathien für diese Bewegungen offen fundgeben. Den darin liegenden Gefahren müssen die Schüler mit allem Nachdruck begegnen. Die Jugend müsse im republikanisch-demokratischen Geiste erzogen werden. Von den Lehrern sämtlicher Schulen werde erwartet, daß sie den Bestrebungen staatsfeindlicher Parteien, in den Schulen Einfluß zu gewinnen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden erzieherischen Mitteln entgegenzutreten.

Wir begrüßen diesen Erlaß und erwarten, daß in seinem Sinne auch durchgeführt wird.

Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Neckarkanal

In der neuesten Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches findet sich auch eine kritische Betrachtung über den weiteren Ausbau des Neckarkanal oberhalb Heilbronn. Es wird darauf hingewiesen, daß auch der Reichsverkehrsminister unterm 18. März 1928 die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens angezweifelt hat. Deshalb sei eingehend zu prüfen, inwieweit die weitere Ausführung von Reichsmitteln vertretbar erscheine.

In der Hauptversammlung des badischen Richtervereins, die dieser Tage in Karlsruhe stattfand, wurde auf Antrag des Gauverrichtersdirektors Egler (Offenburg) über die Organisation der Kriminalpolizei in Baden folgende Entschliessung gefaßt: „Der badische Richterverein ist der Auffassung, daß die bisherige durchaus bewährte badische Organisation der Kriminalpolizei objektiven Strafverfolgung auf das Beste dient hat, und daß die Erneuerung aus, daß an ihr nichts geändert wird.“ Es wurde die Beratung über die Fragestellung des Untersuchungsamtes durch das Justizministerium in der Untersuchungsanfrage gegen Schöner (Karlsruher Zeitung Nr. 12 vom 13. Januar 1930). Der Richterverein gelangte in Uebereinstimmung mit dem Bericht des gerichtsdirektors Hönel (Offenburg) zu der Ueberzeugung, daß der Richter innerhalb der Grenzen seines richterlichen Ermessens gehandelt habe.

Aus aller Welt

Zusammenstoß zwischen einem deutschen und englischen Dampfer

Cheerbourg, 23. Juni. In einer Entfernung von 15 Meilen von Los Cosquets stießen der deutsche Dampfer „Casablanca“ und der englische Dampfer „Henrik Stanley“ zusammen. Das britische Schiff wurde stark beschädigt und erluchte um Hilfe, worauf ein Schlepper aus Cheerbourg zu seiner Hilfe abging.

Lobesurteil im Gattenmordprozess

Preussau, 23. Juni. Nach zweitägiger Verhandlung fällte das Preussauer Schwurgericht in dem Prozeß gegen den Zahnarzt Dr. Gutmann aus Schwedt folgendes Urteil: Der Angeklagte wird gemäß dem Antrag des Staatsanwalts wegen Mordes zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

In den Badeflojen erschossen

Berlin, 23. Juni. Heute Nachmittag machte ein Polizeibeamter am Brandenburger Schlossparkplatz Badenbe darauf aufmerksam, daß an dieser Stelle das Baden verboten sei. Daraufhin wurde das Badenverbot, das sich dort in Badeflojen aufhielt, das Fahrrad des Beamten in den Kanal. Der Beamte wurde hin-

terücks überfallen und gab auf einen seiner Angewandten einen Schuß ab, der so unglücklich traf, daß der Verletzte auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

Eisenbahnunfall am Mainzer Hauptbahnhof

Mainz, 23. Juni. Heute Vormittag ist der Ferienzug aus Wiesbaden nach dem Hauptbahnhof Mainz auf einen beladenen Güterzug aufgefahren. Hierbei wurden 18 Personen durch Bremsen- und Houtabschürfungen leicht verletzt. Ein Bahnbeamter erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Leichterletzten wurden nach sofortiger ärztlicher Behandlung entlassen. Das Gleis Asten-Mainz war zwei Stunden gesperrt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Parresfrau unter falschem Verdacht

Am vergangenen Samstag berichtete das Berliner Tageblatt unter der Ueberschrift „Neuer Skandal in Potsdam“ von der angeblichen Verhaftung der Ehefrau des Potsdamer Geistlichen, Pastor Feldbach, in einem Berliner Kaufhaus, wo sie angeblich ein Diebstahl erlitten worden sei. Das Blatt erklärt heute zu der Sache die Provinzialpresse weitergegebenen Meldung, daß Frau Feldbach in der Provinzialpresse unrichtig berichtet worden ist. Sie ist das Opfer übereifrigen Warenhausangestellten geworden.

Länderkonferenz und Reichsreform

Ueber die Beschlüsse der Länderkonferenz erzählt das Continent...

Neues Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge



Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicher...

Gewerkschaftliches

Im niederländischen Buchdruckerergewerbe herrscht Konflikt...

Höchst vollkommen frei

Höchst a. M., 23. Juni. Die hier noch stationierte französische...

Das finanzielle Ergebnis der Buchprüfungen

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Darstellung...

Rückkehr Ferdinands nach Bulgarien?

Sofia, 24. Juni. (Sunddienst.) In den letzten Tagen verhö...

Propagandaverfuch deutscher Hakenkreuzler in Amerika

Newport, 23. Juni. (Sta. Drahtler.) Vor wenigen Tagen ist...

Generalstreik in Sevilla

Madrid, 23. Juni. Einer offiziellen Meldung zufolge ist heute...

Theorie der kapitalistischen Wirtschaft

Je mehr sich die Arbeiterklasse mit den Fragen der kapitalisti...

Die Nationalisierung der Textilindustrie

wurde auf dem Stuttgarter Verbandstag der Textilarbeiter in...

Volkswirtschaft

Das Schwarzwälder Erbsenerzwerk in Roppel-Preiburg (Schwarzwald-...

Konzerte

Prüfungskonzerte am Münzischen Konservatorium an der...

guten Schulfach. Was er schreibt ist alles fein künstlerisch, es schweben...

lam den Eindruck eines eben so leichten, als verlässlich impul-

Die Bekleidungsarbeiter-Internationale in Leipzig

Der Kongress der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation, der dieser Tage in Leipzig stattfand, war von 31 Delegierten besetzt. Beitreten waren Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Österreich, Schweden, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Der Kongressvorsitzende Pielti (Berlin) gab in seiner Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Welt-Ausstellung in ihrem Teil zur Belebung der Wirtschaft beitragen werde. Im Anschluß an die Erörterung der Berufsfragen im Juristen- und Richterkongress nahm der Kongress einstimmig eine Entschließung an, in der zur Vermeidung von Hautkrankheiten eine gründlichere Kontrolle der eingeführten Kaninchenfelle gefordert wird. Eine lebhaft ausgeführte Diskussion über den Antrag der Engländer, die Richter, die von Europa nach Großbritannien zu fliegen, das Internationale Büro (I.B.) dazu vor, daß eine solche Aufführung nicht nur auf die Richter und, soweit möglich, auch auf die Begleitpersonen beschränkt werden könne. Der Antrag der Belgier, eine internationale Klasse zur Unterstützung einander Bekleidungsarbeiter zu gründen, wurde von den Deutschen geltend gemacht, daß in erster Linie die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert werden müßten, bevor sie ins Ausland gehen.

Ueber die Jugendbewegung in der Bekleidungsindustrie sprach die Vorsitzende (Berlin) dem Bekleidungsarbeiter-Verband. Er machte darauf aufmerksam, daß im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband in 50 Jugendabteilungen 6028 Mitglieder existieren. Das weibliche Element ist in diesen Gruppen mit 3318 Jugendlichen vertreten. Es gelte, tüchtige Berufsmenschen und Gewerkschafter heranzuzüchten.

Die technische Umwälzung in der Bekleidungsindustrie, die die Produktionsmethoden stark vereinfachte, gab dem Kongress Veranlassung, in einer besonderen Entschließung zu empfehlen, den lauten Beiträgen eine finanzielle Klage zu schaffen, aus deren Hilfe eine Informationsreise nach den Vereinigten Staaten zu finanzieren sei. Neben der Erforschung der amerikanischen Produktions- und Arbeitsmethoden soll die Studienreise auch der Festlegung der Verbindungen zwischen der Bekleidungsindustrie der Vereinigten Staaten und Europas dienen.

Der bisherige Sekretär des internationalen Büros von der Haag (Holland) wurde vom Kongress einstimmig wiedergewählt. Das neue Internationale Büro setzt sich zusammen aus: Pielti (Deutschland), Bowles (England), Andersen (Dänemark), Knaenbach (Frankreich) und Folber (Tschechoslowakei). Der in den Rubrik getretene bisherige Vorsitzende des internationalen Büros Sillmer (Berlin), für dessen Arbeit der Kongress herzlich dankte, wurde beauftragt, eine Geschichte der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation zu schreiben. Der nächste Kongress der Bekleidungsarbeiter-Internationale soll 1933 in London stattfinden. Man hofft, daß sich alsdann auch die amerikanischen Bekleidungsarbeiter auf dem Kongress vertreten lassen werden.

Der Tagung der Bekleidungsarbeiter-Internationale ging eine Reichskonferenz der Richter, Juristen und Maschinenbauingenieure voraus. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen standen zwei Themen: Die Berufsfragen im Kaufmannsgewerbe, worüber Dr. med. Dr. Richter referierte und die Lohn- und Tariffrage, die Bloos vom Zentralverband der Bekleidungsarbeiter erläuterte.

Die Konferenz wandte sich sehr energisch gegen die Verwendung giftiger Farbstoffe. Sie forderte ein gesetzliches Verbot des Gebrauchs dieser Stoffe, da sie allerbald gefährliche Hautkrankheiten hervorriefen. In allen Betrieben, auch in den kleineren, sei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen dringend notwendig. In kleinen Betrieben der Textilindustrie fehle es noch heute an Arbeitsbedingungen. Die Betriebsräte müßten stärker als bisher auf ihre Verantwortlichkeit für die Durchführung der Arbeiteraufstellungen aufmerksam gemacht werden. Vor allem müßten die Gewerkschaften ihre Kontrollfunktion unter Hinweisung auf die Arbeiterschaft gemüßigt betreiben, wobei sie in der Praxis hierzu durch einen Regierungserlass ausdrücklich verpflichtet werden könnten.

Bei der Erörterung der Lohn- und Tarifpolitik wurde von Delegierten aus den verschiedenen Bezirken Deutschlands lebhaft darüber Klage geführt, daß ein Abbau von Arbeiterlöhnen in der Praxis vielfach im Willen des Arbeiters selbst stehe, der, oft monatelang ohne Verdienst, die meist nur kurze Arbeitsperiode warte, um möglichst viel herauszubekommen. Trotz dieser mit der Rationalisierung verknüpften Schwierigkeiten müßten jedoch die Gewerkschaften für eine fröhliche Verführung der wachsenden Arbeitslosigkeit eintreten.

Die Ausprache über die Tarif- und Lohnpolitik fand ihren Niederschlag in einer programmatisch gehaltenen einstimmigen angenommenen Entschließung, in der vor allem für Arbeitszeit, Staffellöhne, Lohn, Ferienregelung und Verbringensfähigkeitsneue Forderungen angemeldet werden. Der Lohn der vorgefertigten männlichen Arbeitskräfte soll von dem des Selbständigen 85 Prozent betragen, der für Ausgelernte mindestens 70 Prozent betragen, der Lohn der selbständigen Näherin 70 Prozent von dem selbständigen Kaufmanns- und Maschinenbauers, der Lohn der vorgefertigten Näherin 85 Prozent von dem der selbständigen Näherin und der Lohn der Ausgelernten 70 Prozent von dem der selbständigen Näherin. In der Ferienfrage ist auf eine Befreiung der großen Unternehmungen in den letzten Tarifsinnsarbeiten.

Der Arbeitslosenrat nahm die Reichskonferenz einstimmig eine vom Vorsitzenden des Bekleidungsarbeiterverbandes Pielti begründete Entschließung an. Darin wird mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß die seit langem notwendige Senkung der Warenpreise zur Erzielung größeren Massenkonsums nur unter Ausschaltung des wirtschaftlichen Verfalls und allen die Preisgestaltung hemmenden und verteuern wirkenden, Zwischenhandelsstufen erreicht werden könne. Die organisierte Arbeiterschaft protestiere energisch gegen das offenkundige Bestreben der bürgerlichen Reichskonferenz und der organisierten Unternehmerschaft, alle Warenmonopolisten auf die Schultern der arbeitenden Massen zu legen und den Lohn für die Arbeitslosen abzubauen. „Sinweg mit dem Sozialismus — löst die Kongress seine Arbeitslosenentscheidung Sinweg mit der zwecklosen Organisationsliteratur. Es gilt dem geschlossenen Gegner der Unternehmerschaft in einem einheitlichen Organisationswillen ein unwiderwärtiges Bollwerk entgegenzusetzen. Darum hinein in die freien Gewerkschaften, hinein in die Einheitsorganisation, in den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband!“

Die Vorbereitung der Wäsche
Es ist ebenfalls wichtig wie die Wäsche selbst. Qui eingeweicht ist bald gewaschen, denn das Waschen geht viel leichter und leichter, wenn die Wäsche am Vorabend richtig eingeweicht wurde. Am besten verwendet man zum Bereiten der letzten Einweiche die bekannte Dento-Wäsche. Dento-Wäsche lockert über Nacht den Schmutz im Gewebe und erleichtert dadurch die Reinigung der Wäsche ganz bedeutend. Beim Waschen einer gewaschenen Dento-Lauge ist man erspart, wobei Schmutz aufzunehmen hat. Im allgemeinen rechnet man 1 Paket Dento auf 5 Liter Wasser.

Kleine badische Chronik

Eine rote Tat

Aus Söllingen wird uns geschrieben: Samstag, 21. Juni, normittags 11 Uhr kam der sich auf Wanderfahrt befindliche Flechner Bruno Boh, geb. am 1. September 1910 in Stolz (Kommern) Müllersheim und mit Beulen im Gesicht und Kopf aus Karlsruhe in Söllingen und hat um ärztliche Hilfe. Auf Betragen ob er verunglückt sei, erzählte er, daß er und noch ein Kollege, von Kleinheubach kommend und nach Karlsruhe wandernd, sich auf den Anhängerkarossen des Bierautos Nr. IV B 2778 einer Karlsruher Brauerei aufsetzen wollten; sein Kollege sei jedoch während des Fahrens nicht auf das Auto gekommen, nur ihm sei es gelungen. Beim Feldhöfen in Söllingen habe das Auto gehalten und bevor es noch gehalten, sei der Begleitmann vom Auto gesprungen und habe ihn vom Auto herunter gezogen. Zuerst habe der Mann mit den Händen auf ihn eingeschlagen und hernach habe er ihm den Kopf entziffen und so lange auf ihn eingeschlagen, bis er auf die Seite taumelte. Am Kopf zeigte sich eine tiefen Klaffen Wunde, der Wanderer mußte nach seinem Verbleib zum Arzt geschickt werden.

Inzwischen kamen auch Augenzeugen und gaben unter größter Empörung an, daß es ins tierische gesehe, wie der genannte Begleitmann auf den Wanderer eingeschlagen hätte. Als dann das Auto am Rathaus vorbei fuhr, wurde es vom Bürgermeister angehalten, um den Dergang einwandfrei festzustellen. Aber anstatt eine Feststellung zu machen, mußte sich der Bürgermeister nach dem dazumaligen Stellen, sonst hätte der Robbing nochmal auf den verwundeten und erschöpften Wanderer eingeschlagen.

Diese Zeilen sollen dazu dienen, allen auf der Straße Wandern den vor dem Aufspringen und unbedeutendem Mißfallen auf Lastautos zu warnen. Ferner wird aber auch angedeutet, ob die Brauerei in Karlsruhe ihrem Personal die Weisung gab, denart mit Wanderer zu verfahren, wenn sie unüberlegt sich auf eines ihrer Autos setzen. Mit dieser Tat hat sich der Robbing keine Lorbeeren erworben, sondern wird von Allen, die den empörenden Vorfall mit angesehen haben, jederzeit als Unmensch betrachtet. Ansehe ist gegen ihn erteilt.

Schwerer Verkehrsunfall — 2 Schwerverletzte

D3. Hebelberg, 23. Juni. Auf der Rohrbacher Straße stieß gestern ein Motorradfahrer, der einen Lieferwagen überholen wollte, mit einem Personenauto zusammen. Der Motorradfahrer und sein Soziusfahrer wurden von dem Auto erfasst, und eine Strecke weit geschleift. Beide wurden in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus verbracht. Ihr Zustand ist lebensgefährlich.

Im Rhein ertrunken

D3. Steinmauern (bei Kofatt), 23. Juni. In Steinmauern ist gestern nachmittags 1/5 Uhr beim Baden im Rhein der 23jährige Emil Gailhof, der Sohn des sogenannten „Polkewel“, im Rhein ertrunken. Er kam noch einmal hoch, ging aber dann laufflos unter. Der Verunglückte hat jedenfalls einen Herzschlag erlitten.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Auto und Motorrad

Wiesloch, 23. Juni. In einem der letzten Abende ereignete sich an der Straßenkreuzung Wiesloch-Mingolsheim und Rosenberg-Wiesloch ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem bündischen Personenauto und einem Wieslocher Motorradfahrer. Beide Fahrer kamen in dieser Folge und schwerer Verletzung nach Wiesloch. Der Motorradfahrer wurde über die Straße geschleift. Beim letzten Verzug des Autofahrers, auszumweichen, riß der Wagen einen neueröffneten Wegemeiler aus. Der Motorradfahrer erlitt schwere Verletzungen am ganzen Körper, das Motorrad wurde völlig demoliert. Die Insassen des Wagens kamen mit dem Schrecken davon, der Wagen wurde nur leicht beschädigt. Der Autofahrer hatte vor dem Zusammenstoß nach seinen Angaben noch den Versuch gemacht, den Motorradler zu überholen, und wollte, da er ortsunfähig war, den Fahrer wieder überholen, als dieser bei der Kreuzung abstarbte.

Tödlicher Unfall

Gernsbach, 23. Juni. Ein tödlicher Unglücksfall trat sich am Sonntag nachmittags an der Kaiserbergstraße zu. Die 30 Jahre alte Genotärztin Erna Schmidt, aus Augsburg gebürtig und in den Benswerken beschäftigt, hatte bei Bekannten in Gernsbach Besuch gemacht. Sie fuhr auf der abschüssigen Kaiserbergstraße und verlor an einer scharfen Kurve die Herrschaft über ihr Rad, so daß sie gegen das Geländer, das gegen die stiefliegenden Eisenbahngeleise schützt, fuhr. Die Bedauernde wurde über das Geländer hinweggeschleudert und stürzte kopfüber 5 Meter tief direkt auf das Bahngleis. Sie erlitt einen schweren Schädelbruch und blieb ansehend sofort tot liegen.

Schwerer Zusammenstoß

D3. Ettlingen, 23. Juni. Der 14jährige Sohn des Drogerien-Schmieds hier fuhr gestern abend auf seinem Fahrrad selbstständig die Poststraße entlang und wollte über die Forstheimer Straße in eine Nebenstraße einbiegen. Am gleichen Augenblick kam das Personenauto des Kaufmanns Marx von Genot in Richtung Herrnsb. gefahren. Der Junge raste in voller Wucht gegen das Fahrzeug und wurde kopfüber auf die Straße geschleudert, wo er mit einem schweren Schädelbruch, so daß die Gehirnmasse herausquoll, bewußtlos liegen blieb. Er wurde ins Sozial- und später ins Karlsruher Krankenhaus gebracht. Ob er mit dem Leben davonkommt, ist sehr fraglich.

Worsheim. Samstag mittags 1 Uhr ging eine etwa 50 Jahre alte Frau, die auf dem Markt Butter verkauft hatte, nach Hause und benutzte den Bendler Park. Plötzlich sprang aus dem Gebüsch ein etwa 30 Jahre alter Mann und entriß ihr die Geldtasche, die 200 M enthielt. Der Räuber ging dann flüchtig, wurde aber von Passanten beobachtet und eingeholt. Sie erreichten den Dieb gerade in dem Augenblick, als er auf seinem bereitgestellten Rad zu entkommen suchte. Der Räuber ist ein ganz gefährlicher Bursche, der am 7. Juni einer Frau eine Kasse mit 230 M nebst einem Sparbüchlein gestohlen und am 21. Juni einen Kopf mit 10 Pfund Kirchen weggenommen hatte. Es handelt sich um einen 26 Jahre alten verheirateten, in Worsheim wohnhaften Gutsler.

Mannheim. In der Nacht vom 15. Juni ist der Matrose Josef Gerlin a. dem Strandbad hier auf einem kleinen Motorboot in den Rhein geraten und ertrunken.

Mannheim. In der Nacht auf Sonntag stürzte der verwitwete 56 Jahre alte Schlächtermeister Heinrich Pinguann im Hause Westfälische 19 rückwärts die Treppe hinunter und brach sich die Wirbelsäule. Der Tod trat sofort ein. Am Samstag nachmittags wurde die 12jährige Anna Becker in der kurzen Mannheimer

Straße von einem Robbing erwischt, das menden wollte, gegen das Eisenblech des Doktors geprügelt, so daß der Tod sofort eintrat.
* Seelbach Amt Fahr. Der bei Landwirt Göttinger bedienstete 30 Jahre alte Knecht Joseph Kramer aus Schüttental wurde von dem Pferd seines Arbeitgebers derart an den Kopf getreten, daß er einen Schädelbruch erlitt und ins Bezirkskrankenhaus nach Laub verbracht werden mußte.

Karlsruher Schlachthausmarkt. Zufuhr: 29 Köhler 46-58, 59 Bullen 46-58, 21 Rinder 18-26, 137 Kälber 47-61, 990 Rinder 60-82, 1090 Schweine 44-67, beste Qualität aber Notig bezahlt. Tendenz: bei Strohvieh und Schweinen langsam, Lieberland, Räder langsam, geräumt

Die Knielinger Hittlerleude

Man schreibt uns: Die Knielinger Nationalsozialisten sind außer Rand und Band, weil ihnen im Volksfreund in letzter Zeit schon empfindliche Wahrheiten gesagt worden sind. Ihr Parteimitglied, der nämlich ein starrer Hitler ist, glaubt, ein Parteimitglied für Knegeleien zu haben; er spielte am Sonntag wieder einmal den wilden Mann, wobei er es auf den Genossen S. abgesehen hatte, weil man ihm offenbar eingeschüßelt hat, daß dieser Genosse der Kritikler sei. Er lobte in seinem Hof umher, und beschimpfte den Genossen in dessen Abwesenheit in einer Art und Weise, wie dies nur bei den Nazi vorkommen kann. Daß diese Menschen ihre Zucht zu persönlichen Annehmlichkeiten nehmen, ist uns ja schon lange bekannt und der Hittlerwirt von Knielingen tut sich in dieser Beziehung schon seit langer Zeit hervor. Es läge nahe, daß der beschimpfte Parteigenosse, der übrigens gar nicht der Berichtstatter ist, irgend gegen den Hittlerwirt vorgeht. Wir haben jedoch dem Gen. S. nahegelegt, dies zu unterlassen, weil man sich mit diesem politischen Gesichter nicht vor den Gerichten herumklopft. Dazu kommt noch, daß man jenen Mann in Knielingen schon lange als unsurechnungsfähig bezeichnet, so daß man ihm den S 51 substituieren muß. Die gebärdete Kampfesweise dieses Fanatikers richtet sich zudem in den Augen eines jeden anständigen Menschen schon von selbst. Wir wandern uns nur, daß überhaupt noch ein anständiger Mensch in jenes Lokal geht. Man sollte ihn allein in einem Lokal herumtoben lassen. Der Knielinger Nazi sei bei dieser Gelegenheit gesagt, daß wir Sozialdemokraten natürlich so geschult sind, daß wir es nicht nötig haben, uns der Hilfe eines einzelnen Parteigenossen zu bedienen, wenn wir unsere Parteileitung in Anspruch nehmen. Wir haben zahlreiche intelligente Genossen, die es immer noch mit einer ganzen Hitlerhorde allein aufnehmen, wenn es zu einem Briefkampf kommt. Dazu ist jeder Genosse so diszipliniert, daß die Gelampartel die Verantwortung für die Berichterstattung übernehmen kann. In dieser Beziehung können die Nazi von uns noch viel lernen! Dabei bleiben wir immer sachlich und vermeiden persönliche Angriffe, wie dies bei den Nazi üblich ist. Nur wenn es gar nicht mehr anders geht, müssen wir auch einmal einzelnen Herren etwas auf die Finger klopfen. Dem Hittlerwirt von Knielingen sei für heute empfohlen, sein Wirksamkeit zu ändern, und seinem Lokal den Namen „Zum wilden Mann“ zu geben. Wenn er absolut wieder Soldat spielen will, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, solange er andere dadurch nicht beschädigt. Der Herr könnte sich von uns aus totschießen lassen, wenn es ihm Spaß macht, wie noch zahlreiche andere Nazi, damit wir sie los hätten. Der Hittlerwirt von Knielingen würde aber wahrscheinlich wieder in der Heimat Krieg führen, wie er es während des Weltkriegs getan hat. Er würde sich wahrscheinlich wieder an der Verlängerung des Rückmarsches Hamorbocken operieren lassen, wenn Gefahr im Verzuge wäre. Wenn es noch keine Ruhe gibt, werden wir noch bedauerlicher werden und gelegentlich auch einige andere Herren aus Korn nehmen.

40 Jahre Männergesangsverein Frohsinn Hagsfeld

Der Männergesangsverein Frohsinn, Hagsfeld, feiert am 28. und 29. Juni die Feier seines 40jährigen Bestehens. Hervorgegangen aus kleinen Anfängen, ist es dem Verein und seiner bewährten Führung gelungen, den Chor und damit den Verein überhaupt auf seine heutige beachtliche Höhe und Stärke zu bringen. Als Beweis der inneren gesunden Verhältnisse im Verein sei erwähnt, daß in diesen 40 Jahren nur zwei 1. Vorsitzende gewirkt haben, die heute Ehrenvorsitzende sind. Die Mitgliederzahl beträgt ca. 400, darunter 110 Sänger. Dieser starke Chor führt ein stimmliches Material in sich, wie es in Landorten nicht oft zu finden sein dürfte.

Der Männergesangsverein Frohsinn gehört erst seit zehn Jahren dem Deutschen Arbeiter-Chorverband an; was er aber in diesen zehn Jahren in dem Bund und für den Bund geleistet hat, wie auch an tatkräftiger Unterstützung seiner Brudervereine, stellt ihm nicht in die erste Reihe.

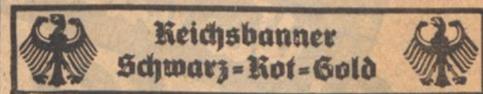
Die 40jährige Gründungsfeier wird am kommenden Samstag, 28. Juni, abends 1/9 Uhr, im Saale der Restauration zum Bahnhof, eingeleitet durch ein Konzert über „Not und Arbeit, Kampf und Freiheit“. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Herrn Oskar Kilt. Als Solistinnen wirken: Frau Emma Kilt (Sopran) und Fr. Irma Zünger (Klavier). Alle Mitglieder sind von dem Bund herausgegebenen Liedersammlung einzuweisen. Der Eintrittspreis für das Konzert beträgt 1 M, für Erwerbslose (gegen Ausweis) 50 Pf.

Die Gründungsfeier am Sonntag, 29. Juni, findet auf dem Gemeindefestplatz (bei der Schule) statt und wird hierzu ein Eintrittsgeld nicht erhoben. Angeflut soll hier gleich werden, das sowohl am Samstag wie am Sonntag für Fahrtgelegenheit durch die Straßenbahn und die Staatsbahn gelöst ist.

In Anbetracht all dieser Umstände wäre dem Männergesangsverein Frohsinn ein außerordentliches Konzert und der Gründungsfeier zu wünschen, hat er doch traditionsgemäß weber finanzielle Opfer noch Mühe und Arbeit gescheut, um seinen Freunden und Anhängern etwas Hervorragendes zu bieten. Es sei schon heute verraten, daß die Besucher des Konzertes voll auf ihre Rechnung kommen werden. Wir wünschen dem Männergesangsverein Frohsinn, Hagsfeld, einen vollen Erfolg. Darum: Am Samstag, 28. Juni und Sonntag, 29. Juni, auf nach Hagsfeld.

Aushünfte der Redaktion

St. und andere. Sie sind nicht verpflichtet, neben der Miete noch Wasser- und Heizgeld zu zahlen. Eine diesbezügliche Verfügung des Ministeriums ist bis jetzt noch nicht erlassen.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Zunabanner. Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr, im Rest. Salmen Mitgliebertersammlung. Bericht von Magdeburg. Vortrag über unsere Bundesverhältnisse und die Bekleidungsfeier in Mainz. Erscheint vollzählig; bringt Freunde unserer Sache mit.

Weiße Zähne: Chlorodont

Kommunisten als notorische Lügner und perfide Ehrabschneider entlarvt

In der am 23. Mai d. J. stattgefundenen Kreisversammlung für den Kreis Karlsruhe wurde der Kreisvorsitzende beraten. Unter den Tagesordnungen war u. a. eingestellt 2200 M für Arbeitersekretariate. Diese Position rief den jammern bekannten kommunistischen Stadtrat Weinbrecht in Durlach auf den Plan, der in blindem Fanatismus diese Zuwendungen an die Arbeitersekretariate bekämpfte und ihre Streichung beantragte. In geradezu hysterischer Weise, was die SPD und Gewerkschaften an Kulturarbeiten leisten, herunterziehend, wobei es an Verleumdungen und Lügen nicht fehlte, haben es die in der Kreisversammlung anwesenden Moskau-Kreaturen, verucht, die bürgerlichen Vertreter zu einer ablehnenden Stellungnahme zu bringen. Aufschraubend führte der infolge seiner Lügenbeuteleien rühmlichst bekannte Durlacher Stadtrat Weinbrecht aus, die KPD beantrage die Streichung der für die Arbeitersekretariate bestimmten Mittel deshalb, weil die Arbeitersekretariate seien heute nur Sinecuren für gut gekleidete Gewerkschaftshosen. Diesem jetzigen der durch seine Verleumdungen ebenso jammern bekannte Pforsheimer Stadtrat, Kommunist Träger. Dieser vertieg sich noch zu weit größeren Verleumdungen, indem er behauptete, wer nichts bezahle auf den Arbeitersekretariate, bekomme keine Auskünfte. Dadurch, daß die Arbeitersekretariate von den Rechts- und Schulschulenden bezahlung verlangen, brauchen sie nicht noch aus öffentlichen Mitteln Unterstüßungen. Auch lehnten die Kommunisten, diese an die Sekretariate gewährte Unterstüßungen ab, weil die Sozialdemokratie staatsbejahend sei.

Die beiden KPD-Verleumder führte unter Genossen Koch anstehend ab. Den Kommunisten Träger bezeichnete er, bis zur Beweismehrung seiner unwahren Unterstellungen, als notorischen Lügner. Träger hat bis heute noch nicht den von ihm geforderten Nachweis geführt, um sich von dem Vorwurf, „notorischer Lügner“, zu reinigen. Von unierer Seite sind Umfragen, bei allen Ortsausschüssen, die Sekretariate unterhalten, gehalten worden, und einwandfrei festgestellt:

„Daß an keinem Sekretariat eine Bezahung für Auskunftserteilung gefordert wurde, resp. gefordert wird.“

Was von den Rechtschulenden verlangt wird, ist, daß das in Frage kommende Porto, soweit der Auskunftsuchende hierzu in der Lage ist, erlegt wird. Mit dieser Feststellung ist der Beweis erbracht, daß die Ausführungen der KPD-Vertreter in der fraglichen Kreisversammlung offensichtlich Verleumdungen sind, und trifft auf sie zu, daß sie notorische Lügner und perfide Ehrabschneider sind und daß ihre Behauptungen gegen besseres Wissen aufgestellt sind, um Personen und Arbeiterinstitutionen herunterziehen zu können. Daß die Tätigkeit der Arbeitersekretariate im WGB, eine gegenstandslose Einrichtung für die Vernehmen der Armen ist, geht aus dem Jahresbericht des Bad. Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1929 hervor. Dort wird auf Seite 42 eine Uebersicht gegeben, über die in den einzelnen Arbeitersekretariaten entfaltete Tätigkeit. Nach diesem Bericht, ist die Tätigkeit aller aufgeführten Rechtsanwaltsstellen wie folgt:

| 1. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: | | | |
|---|--------------------|-----------------------|------------------------------|
| Rechtsanwaltsstellen: | Zahl der Auskünfte | Zahl der Schriftsätze | Zahl der persönl. Beratungen |
| Freiburg | 3032 | 508 | 136 |
| Heidelberg | 4440 | 2491 | 106 |
| Karlsruhe | 6127 | 2471 | 414 |
| Stuttgart | 1350 | 490 | 42 |
| Mannheim | 13699 | 3831 | 368 |
| Offenburg | 3557 | 682 | 172 |
| Pforzheim | 5634 | 1663 | 288 |
| Singen | 485 | 156 | 43 |
| Willingen | 1371 | 311 | 15 |
| Weinheim | 2340 | 1230 | 329 |
| | 42055 | 13933 | 1913 |

| 2. Katholische Arbeitervereine | | | |
|--------------------------------|--------------------|-----------------------|------------------------------|
| | Zahl der Auskünfte | Zahl der Schriftsätze | Zahl der persönl. Beratungen |
| Freiburg | 3191 | 563 | 90 |
| Karlsruhe | 3540 | 1016 | 124 |
| Stuttgart | 560 | 270 | 25 |
| Mannheim | 5063 | 1572 | 96 |
| Offenburg | 1887 | 386 | 285 |
| Pforzheim | 3729 | 1177 | 143 |
| Willingen | 2156 | 1704 | 187 |
| Taubertshausen | 20126 | 6748 | 930 |

| 3. Deutsche Gewerksvereine (S.D.) | | | |
|-----------------------------------|--------------------|-----------------------|------------------------------|
| | Zahl der Auskünfte | Zahl der Schriftsätze | Zahl der persönl. Beratungen |
| Mannheim | 1276 | 71 | 21 |
| Pforzheim | 1893 | 124 | 67 |
| | 3169 | 195 | 88 |

Diese Zusammenstellung gibt in ihrem Endergebnis, daß an Auskünfte 65 330 erteilt wurden, die Zahl der Schriftsätze 28 876, persönliche Beratungen 2931 betrug. Nimmt man für jede persönliche Beratung im Durchschnitt 4 Fälle, so ergibt dies insgesamt 11 724 Fälle. Jeder verständige Mensch, selbst die, die außerhalb der Arbeiterbewegung stehen, werden auf Grund dieses Zahlenmaterials annehmen müssen, daß die Arbeitersekretariate für die minderbemittelte Bevölkerung eine gegenstandslose Einrichtung sind.

Hören wir ein Urteil aus berufenem Munde:

Der Leiter des Bad. Gewerbeaufsichtsamtes, Oberregierungsrat Emel hat vor kurzem vor dem Kreise der Vertrauensleute des Ortsausschusses Karlsruhe (WGB) anlässlich eines dort gehaltenen Vortrages über die Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes u. a. folgendes über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate ausgesprochen:

Diese Berichtszahlen beweisen, wie vielen Bevölkerungsteilen, die nicht die Mittel haben, sich einen Rechtsbeistand zu nehmen, durch diese Arbeiterinstitutionen mit Rat und Tat unterstützt worden sind. Den Dank abzustatten an die Personen, die die Arbeitersekretariate leiten, erachte ich für meine Pflicht.

Solche Worte, aus dem Munde eines Mannes zu hören, der Leiter eines staatlichen Instituts ist, das die Aufgabe zu erfüllen hat, das Schicksal der Industrie zu überwachen, und um die Gesundheit der Arbeiter besorgt zu sein, wiegen tausend und abertausendmal gemeine kommunistische Lügenbeuteleien auf, die dem Zwecke

Amerika von heute

Der Staat der Dollarmillionäre

Uns Washington wird uns geschrieben:

Mehr als 15 Jahrzehnte sind im bunten Wechsel der Geschicke über der amerikanischen Union dahingegangen. Sie haben das Erwachen eines nationalen Geistes, die mühselige Pionierarbeit von Generationen, das Zusammenstreben widerstrebender Kräfte und endlich das vom eisernen Geleis der Notwendigkeit diktierte stetige Zuziehen eines Sternes nach dem anderen in das blaueweiße Unionsbanner gesehen. In fabelhaftem Tempo und mit dem Schritt der langsam wachsende Nation Willkür, Anwälte und Abenteuerer an ihre Spitze, sie alle in losender Form um den endgültigen Fuß der nationalen Einheit bemüht. Die ihrer Kräfte durch die Freiheit und im Kampfe gegen britische Tyrannie gebildet und durch die nationalen Union, die im Zeichen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter einander stehen, haben sie die Freiheit und die Gerechtigkeit in der Hand genommen, sie an den Regierungssesseln, im Bundeskongress, in den leitenden Posten der 48 Bundesstaaten, kurzum, in all den Schlüsselpositionen, in denen über den zukünftigen Gang der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschicke entschieden wird.

Wer kann sagen, daß das Wort von der Plutokratie nicht berechtigt ist? Im Weissen Haus ist als Sprecher der Nation ein Mann, der ein Millionär ist. In seinem Kabinett sitzen sechs Männer, die Millionäre und Multimillionäre sind.

Das Geld regiert und herrscht.

Spricht allzu deutlich, nicht einmal das bestbelebte Wort ist mehr wahr, daß die Herrscher Amerikas in der Wallstreet sitzen und durch ihre Leute und Mittelmänner regieren lassen. Heute haben sie selbst die Bügel in die Hand genommen, sitzen auf den Regierungssesseln, im Bundeskongress, in den leitenden Posten der 48 Bundesstaaten, kurzum, in all den Schlüsselpositionen, in denen über den zukünftigen Gang der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschicke entschieden wird.

Wer kann sagen, daß das Wort von der Plutokratie nicht berechtigt ist? Im Weissen Haus ist als Sprecher der Nation ein Mann, der ein Millionär ist. In seinem Kabinett sitzen sechs Männer, die Millionäre und Multimillionäre sind.

Die Preise für Senatsplätze

schließen wie Pflanz in die Höhe. Gouverneurswahlen kosten Hunderttausende von Dollar. Um als Vertreter eines größeren Staats in den Bundeskongress gewählt zu werden, heißt über riesige eigene Mittel und dementsprechende kapitalistische Hintermänner verfügen. Die Kandidatur eines Mannes mit wohlhabenden Mitteln, geschweige eines proletarischen Vertreters ohne eine reichlich fließende Geldquelle erscheint einfach hoffnungslos.

Die nackten Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache. Vor wenigen Jahren gipfelte die Wahlausgaben des Senators Kumborn von Michigan, die fast 200 000 Dollar erreichten, in einem nationalen Skandal. Dem gewählten Senator von Illinois, Smith, wurde vom Senatselement die Aufnahme in den Bundeskongress in Anbetracht seiner Wahlkosten von 420 000 Dollar verweigert. Der Kampf um den Sitz des Senators Kate von Pennsylvania nahm fast zwei Jahre in Anspruch und wurde erst vor kurzem unter Führung des wirklich fortschrittlichen feuerföhligen Senators Norris gegen ihn entschieden. Seine Wahlausgaben betrugen nicht weniger als 785 000 Dollar. Die Primärwahlen von Illinois kosteten der Kandidat Ruth Hanna McCormick 252 000 Dollar, eine Summe, die bis dahin in der politischen Geschichte der amerikanischen Öffentlichkeit nicht geringe Aufregung verursachte. Dabei muß berücksichtigt werden, daß den Primärwahlen eine ganz untergeordnete und für den endgültigen Wahlausfall nur minimale Bedeutung zukommt und diese 252 000 Dollar aus der eigenen Tasche der Kandidatin bestritten wurden. Die Ausgaben der ihr nahestehenden Gruppen sind noch nicht festgesetzt, aber weit höher und werden durch die kommende eigentliche Wahlkampagne eine bisher ungeahnte Anschwellung erfahren.

Und gar der Staat Pennsylvania, der von einer Ecke bis zur anderen von gegenwärtigen Korruptionsanklagen wiederholt! Zwei Kandidaten sind vielfache Millionäre und selbst Jim Davis, einem früheren Arbeiter und jetzigen Arbeitssekretär im Hoover-Kabinett, sagt man ein Vermögen von mindestens einer Million Dollar nach. Die bisher festgestellten Ausgaben des Senators Grundy, des

Senatschreibers im Tarifrat, betragen 882 000 Dollar, die alle aus eigener Tasche bezahlt sind. Nichtsdestoweniger verlor er in der Primärwahl gegen Davis, dessen vorläufige Unkosten von dem Untersuchungsausschuß des Bundes senat auf 366 000 Dollar beziffert worden sind. Mit den bevorstehenden identischen Wahlausgaben wird der Senat für Pennsylvania dem negativen Kandidaten die Kleinigkeit von etwa 600 000 Dollar kosten.

Man kommt um die interessante Frage nicht herum, was diese Finanzkapitäne solche Riesensummen für einen Senatsitz ausgeben läßt,

der 10 000 Dollar im Jahre einbringt. Das macht bei einer sechsjährigen Amtszeit im Bundes senat 60 000 Dollar aus, denen im Falle Davis Unkosten von einer halben Million Dollar gegenüber stehen. Die Ausgaben sind von dem Sieger nicht etwa aus eigener Tasche bestritten worden. Seine persönlichen Ausgaben waren nur 10 541 Dollar. Der Rest kamte aus den beträchtlichen Schenkungen Industrieller, aus den Kassen führender Eisenbahngesellschaften und der Baldwin-Locomotive-Werke und nicht zuletzt aus den unerlöschlichen Kassen der niedrigen Industriellen des Finanzsekretärs der Vereinigten Staaten, Andrew Mellon. Mellon, der einer der reichsten Männer Amerikas ist und den Aluminium-Konzern kontrolliert, gab aber vornehmlich nicht nur einer Seite, sondern beiden, und zwar so reichlich, daß die Einkünfte aus dem bescheidensten Senatsitz bereits weit überabhiel. So waren er und seine Interessen wenigstens sicher, in keinem Falle und wie immer auch die Wahl ausfallen mag, der Verlierende zu sein.

Manjehrende und Optimisten werden natürlich sagen, daß dem reichen Amerikaner daran gelegen ist, ihrer moralischen Verpflichtung vor dem Volksganzen eine aktive Teilnahme an der Regierung nachzukommen. Bis vor wenigen Jahren wurden diese Dinge derart gehandhabt, daß die Unkosten der von den Parteien und Interessengruppen aufgestellten Kandidaten von den Spenden der Finanziers und der Industriellen bestritten wurden. Darin lag zwar auch eine gewisse Abhängigkeit, aber im großen und ganzen waren dem Parlamentarier die Hände durch eine bestimmte Maßnahme nicht gebunden. Jetzt haben sich die Geldgeber zu der Ueberzeugung durchgerungen,

selbst die Geheke zu machen und für ihre Durchführung zu sorgen. Eine derartige Stellungnahme ist ein interessantes Anzeichen für die kommende

Befestigung der Klassengegensätze in Amerika, und ein unwillkürliches Einverständnis, daß auch den zuverlässigsten Dienern des Systems nicht mehr zu trauen ist, wenn es hier und dort geht. Der föhliche Schluß, die öffentlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen liegt auf der Hand. Unter diesen Umständen mag es nur noch eine geringe Zeit dauern, bis auch den Regierungssesseln und im Bundeskongress ein

Rat der Millionäre und Wirtschaftskapitäne

sitzt, während das Volk der „Freien und Gleichen“ aufzuwachen und erkannt zu überlegen beginnt, wie es eigentlich gehöret werden kann. Liberale Kreise beklagen die Entmischung, besichtigen sie als unfair und als ein Schritt auf das Prinzip der Selbstregierung. Gemachnahmen werden eröset, um dieser überhandnehmenden

Herrschaft der oberen 400

entgegen zu treten. Man spricht von geistlicher Begegnung der Wahlausgaben, von parlamentarischer Kontrolle, um das langsam in die Brüche gehende Vertrauen der Nation in seine geistlichen Körperlichkeiten wieder herzustellen.

Dies alles sind nur Hilfsmittel, die mit dem Kern der Krankheit nichts zu tun haben. Rotau ist für die amerikanischen Massen das bitterste, denn eine aufgeklärte Interessendilatation beschränkt, ist der Sitz und Stimme zu verschaffen und ihren Forderungen lauter Ausdruck zu verleihen. Für eine Nation von 120 Millionen Menschen, in ihrer überwältigenden Mehrheit erbarungslos ausgebeutete Proletarier und Lohnknechte, darf es nur eine Antwort auf diese ungeheure Drohung geben.

Der Aufstand der Arbeiterpartei wird eine Notwendigkeit. Eine Partei ist notwendig, die die Massen um sich zu sammeln und ihre ungeheure Stimmkraft aussunehmen versteht. Solange aber die denkenden fortschrittlichen Elemente Amerikas der Entwicklung in den Händen im Schoße folgen, ist das Schicksal der Nation einem Gruppe von Männern ausgeliefert, die man an den Fingern abzählen kann.

bienen sollen, alles das was die Arbeiterklasse in Mühe und Not und allen Gemalten zum Trost sich geschaffen hat, niedersuzumachen.

Mit diesen notorischen Lügen und perfiden Verleumdungen gegen von Arbeitern geschaffenen Einrichtungen, dürfte diesen Geldselbstheben und Rubelland-Kreaturen, sich vor der Arbeiterklasse selbst gerichtet haben.

Wir unterziehen noch einmal, sie sollten dem Zwecke dienen, die bürgerliche Vertreter der Kreisversammlung dazu zu bringen, die Summe, die für die Arbeitersekretariate im Voranschlag eingestellt sind, abzulehnen. Pini Teufel.

Aus dem Gerichtssaal

Gipfel der Gemeinheit. Der 1904 in Dornbach geborene Strafenlehrer Wilhelm Schäfer und dessen 1908 in Ludwigsbad geborene Ehefrau Emilie Sobille geborene Wulpes haben durch ihren Einfluß die damals noch nicht 14jährige Tochter der Hausbesitzerseheleute, die im unteren Stad eines Hauses in Mannheim eine

Weinwirtschaft führen, gewonnen, den Vater um Wein, Zigaretten usw. in erheblichem Umfang zu bestehlen. Wurde das Mädchen in die Welt gesetzt, drohte ihr die Frau mit belästigenden Briefen, die sie in die Welt habe. Aber nicht genug damit, der Ehemann mißbrauchte den ahnungslos in die Wohnstube gekommene Mädchen. Vor dem ersten Schöffengericht in Mannheim wurde sie für das laubende Essen auf alle mögliche Weise entlastet. Nach Ausreise des Mannes wurden ihm Sachen im Werte von über 10 000 M geklaut. Altem Leunam um Trost, sprach das Gericht gegen den Mann gefangen wegen Hehlerei und Verführung eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten, gegen die Ehefrau wegen Anstiftung zum Diebstahl ein Jahr vier Monate Gefängnis aus.

Schreiber: Georg Schöppin. Verantwortlich: Wolff, Pforzheim, Baden, Volksrecht. Aus der Zeit, Seite Nachrichten. S. 14. In der D. u. M. Baden, Gemeindeführer, Aus der Partei, kleine Baden, Front, Aus Mittelsbaden, Durlach, Gerichtssetzung, Reutlingen, Die Baden, der Frau: Hermann Winter, Grob-Karlsruhe, Gemeindeführer, Sozialer Kampf, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Baden und Wandern, Briefkasten: Josef Kiefer, Verantwortlich für die Anzeigen: Gustav Krüger, Samstagsausgabe in Pforzheim, Karlsruhe in Baden, D. u. M. Baden, Verlagsdruckerei.

Warnung!

Es gibt kein „loses“ Persil!

Lassen Sie sich nichts von angeblich „losem Persil“ einreden; Sie werden dabei übervorteilt und erhalten minderwertige Ware. Persil ist nur echt in der bekannten Packung mit dem Namen Henkel im roten Felde.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

24. Juni: 1916 Beginn der Sommerferien. — 1919 Aufrubr in Hamburg. — 1920 1. Sitzung des 1. republikanischen Reichstags. — 1922 Ermordung M. Rathenau. — 1923 Sprengung der sozialdemokratischen Druckerei Münster (Nationalsozialisten). — 1928 Forscher Fischer kehrt zurück. — 1928 Der Frank stabilisiert.

Johannistag

Nun hat das Leben in der Natur wieder seinen Höhepunkt erreicht. Die Rosen stehen in voller Pracht. Aber schon wird der blumige Rasen die heute mähender Senen, und auf dem Felde reift das Korn der Ernte entgegen. So leben wir durch alles Blüten hindurch bereits das Welken und Sterben schreit. Und auf den Bergen glühen die Johannistfeuer in hell-dunkler Sommernacht. ... Den Doppelcharakter dieser Tage haben schon unsere Vorfahren bemerkt. Wohl war ihnen das Sommerionnenfest ein frohes Fest: das Fest der höchsten, schönsten Sommerblüte. Aber auch ein tiefes Fest: Das Fest des Sommers, des Lebens. Der junge, leuchtende Sommerionnenfest Baldur wurde getötet vom blinden Hödur, und mit ihm zugleich ging seine liebliche Gattin Runna dahin, das sommerliche Blütenleben. So ward zu Ehren des in Mannestrast gefallenen Baldur — d. h. des in seiner höchsten Blüte dem Tode erliegenden Sommers — das Osterfeuer, das Johannistfeuer entzündet, dem viele holde Kinder Mannas, die Blumen, geweiht wurden. Es sollte auch die dunklen Gemalten abwehren, Geister und Kobolde, die nach dem Glauben jener Zeit dem Menschen in diesen Tagen der hellen Nächte ganz besonders zu schaden suchten.

Nächst ist dieser Glaube zum Aberglauben geworden. Doch die Johannistfeuer brennen immer noch (oder brennen heutzutage wieder). Und überall, wo sie aufflammen, ist Jubel und lärmende Freude und Tanz. Das Leben steht auf der Höhe trotz allen Vergehens, das kommt. Die Lebensbeiwandlung behält die Oberhand — trotz dräuenden Herbstes und Hödurs.

Geistige Höhenfeuer wollen wir entzünden. Sie sollen unter Leben freimachen von der Furcht vor finsternen Gewalten, vor Sout und Geistesfesseln und Tod.

Das Christentum hat die Menschen einstmals befreit vor der dumpfen Angst vor Geistern und Kobolden: Christus wurde ihnen gegenüber als der Stärkere geglaubt; er war Licht, Leben. Aber bald wurde ein neuer Aberglaube groß — oder der alte überwucherte den Glauben an den Gott Christi über den Teufel. Und Hölle und Teufel schreckten die armen Menschen, die in dumpfer Unwissenheit erlitten. Und manch einer, der nicht glauben mochte und konnte, was die Kirche darüber lehrte, ward dem graulichen Teufelsglauben zum Opfer gebracht.

Wir haben uns frei gemacht von solchem Aberglauben. Uns schreckt kein Höllenfeuer mehr. Uns loden keine finsternen Bilder von „Salem goldenen Gassen“. Diese Erde — sie ist unsere Heimat.

Ist sie es wirklich? Die Geister und Geistesfesseln unserer Vorfahren sind uns verschwunden. Blauflotte Schemen, leere Gebankensgebilde waren sie.

Aber uns, die Kinder einer aufklärten Zeit, bedrohen andere Mächte, die nicht blaulicht und Phantasiegebilde, sondern bittere Wirklichkeit sind, Mächte, die die Erde nicht zu unserer Heimat werden lassen wollen.

Kennst du diese Mächte? Du, der Proletarier, du kennst sie. Du, der du fortschrittlich denkst — du kennst sie. Du, geistiger Arbeiter, sind sie nicht fremd. Aus vergangener Zeit ragen sie in unsere Tage hinein, und sie erscheinen kraftvoll und lebensstark, weil das Kapital hinter ihnen steht. Und sind doch nur Geistesfesseln, die nicht mehr in unsere Tage hineingehören, die nur stark sind, weil die Masse, ihrer eigenen Kraft nicht bewußt, sie fürchtet, wie einst unsere Vorfahren sich vor den Kobolden und Geistern fürchteten, haben, die doch überhaupt nicht da waren. Wir lassen diese Mächte in einem Namen zusammen: Reaktion! Reaktion auf geistigem, auf wirtschaftlichem, auf sozialem, auf politischem, auf festlichem Gebiete.

Diese sind Hödur. Immer wieder stehen sie auf, so wie auch der Herbst immer wiederkehrt. Und der Glaubensfurcht fürchtet sie und meint: „Wehe! Sie sind stärker als die Mächte des Fortschritts.“

Ach nein, es ist nicht so. Sie werden besiegt werden. Die Sonne steigt. Das Licht steigt. Das ist unsere Heimat. Über du, Mensch, sollst der Sonne und des Lichtes Wegbereiter sein.

„Johannistag“ heißt der 24. Juni. Zu Ehren Johannes, des Täufers. Es war jener, der ein Wegbereiter sein wollte dem Christus der verkörperten Liebe.

Johannismenschen wollen wir sein. Pioniere der Zukunft, des Fortschritts, des Sozialismus Menschen, die eine Zeit schaffen, da die Erde dem Menschen wirklich eine Heimat geworden sein wird.

Ein Mensch, der Wegbereiter der besseren Zukunft sein wollte, der gegen die dunklen Mächte der Reaktion kämpfte, sich für den Fortschritt einsetzte: also für den Sieg der Wahrheit auf allen Gebieten, der Freiheit, die jedem Menschen und Volke zuteil werden soll; für jene große Menschenliebe, die uns die Menschenachtung, den Geist des Sozialismus, die Kämpfererhöhung, mit einem Wort den Menschheitsgedanken verwirklichen soll — der hat nicht vergebens gelebt, der hat sein Leben sinnvoll gemacht, der hat ein Stückchen Holz zum Welt-Johannistfeuer sugetragen, das aufleuchten soll, damit es Licht werden soll, damit es Licht werde ringsum, das wegwirft die Soulmächte vergangener Zeiten, die uns und unsere Menschenbrüder daran hindern wollen, wahre Menschen zu werden.

Darum: Treut euch des Lebens! Laßt sie brennen, die geistigen Höhenfeuer! Laßt sie flammen in euch selbst, damit sie alles Unreine, alle Nutzlosigkeit und Angst vor den Geistesfesseln verbrennen; daß in uns aufkubere der wahre Glaube an den Sieg unserer Sache, den Sieg des Lebens über die Mächte des Todes, den Sieg der Zukunft über die Vergangenseit!

Uniformverbot und „Badische Presse“

Man schreibt uns: Es ist in die Augen leuchtend, mit welchem Feuereifer sich die Badische Presse in dem Streit über das Uniformverbot ein Bein rauszureißen sucht. Dieses Papier, das in Monaten politisch kaum drei Zeilen aus Eigenem von sich gibt, lebt in letzter Zeit geradezu vom Uniformverbot, und zwar in einer Weise, die nicht eben dem Wohlstand der Nation dienlich ist. Der Hinder kann es sozusagen mit dem Stiefel fühlen, daß bei dem Blatte die eventuellen Chancen der Nazi-Sosi, der Partei der Dummen, bereits im Interaktionsgeschäft einkalkuliert sind. Die Nazi-Sosi werden von dem Blatte mit einer Mühsucht behandelt, die kaum mehr zu überbieten ist. Jetzt, wo wegen der so billigen Bombardaten der Nazi-Sosi in gleicher Weise wie gegen den Rotfrontkämpferbund vom Ministerium eingeschritten werden mußte, ist auf einmal auch dem Reichsbanner das Uniformverbot verboten worden, eine Ansicht, die, nebenbei bemerkt, auch an allen

Die Karlsruher Volksschule auf neuen Wegen

Rektor L. Wieser, Stadtverordneter.

Allgemeines

Das große schulpolitische Ziel der Weimarer Verfassung bestand darin, die Volksschule organisch auszugestalten und als gleichwertiges und gleichberechtigtes Glied in das nationale Bildungswesen einzugliedern. Das Bildungsprivileg der Besitzenden wurde aufgehoben, Erziehungsbeihilfen in erhöhtem Maße erteilt und an den höheren Schulen Nachschlag des Schulgeldes gewährt, so daß in unermesslich neuen, demokratischen Volkstaat ihre begabten Kinder der höheren Schule zuzuführen. Mit der Schaffung der vierjährigen Grundschule, die nach Aufhebung der Privatschulen zur allgemeinen Volksschule wurde, war der Anfang zur organischen Ausgestaltung gemacht. Dabei blieb es leider. Während die Grundschule — trotz heftigem Widerstand — sich durchsetzte und schließlich allseits Anerkennung fand, mußte der Oberbau der Volksschule in Abgeschiedenheit verharren und verlor sein altes, gutes Ansehen, da er dem Bildungsbedürfnis der hinter ihm stehenden Volksschichten nicht mehr gerecht werden konnte. Verlangt doch heute die Rationalisierung der Wirtschaft mit ihrer Mechanisierung, Spezialisierung und Typisierung des Arbeitsvorganges ein hohes Maß technischer Intelligenz und Anpassungsfähigkeit; Wirtschaftsführer, Kaufleute, Handelslehrer fordern fremdsprachliche Bildung für den deutschen Kaufmann; alles Forderungen, die unsere Volksschule zur Zeit nicht erfüllen kann. Es können daher die gehobenen Berufe in Reich, Staat und Gemeinden — mit wenigen Ausnahmen — nur über die höheren Lehranstalten erreicht werden; die gehobenen kaufmännischen Berufe nur über die höhere Handwerkschule. Letztere selbst ist aber den Volksschülern verheimlicht, weil ihnen die erforderlichen fremdsprachlichen Kenntnisse fehlen. So ist die fremdsprachliche Volksschule völlig isoliert und abgegrenzt von den Berufen, die ehemals zu ihrer Anwartschaft gehörten. Die meiste Folge ist die Flucht aus der Volksschule zur höheren Schule, die heute in Karlsruhe 35 Prozent der Gesamtschülerzahl beträgt. Angemeldet wurden zur höheren Schule in Karlsruhe:

Okt. 1929 = 476 Schüler; aufgenommen 455
Okt. 1930 = 806 Schüler; aufgenommen 758.

Betrachten wir diese Steigerung von der finanziellen Seite aus, unter Zugrundelegung der Tatsache, daß die Stadt pro Schüler jährlich einen Zuschuß von 315 M. leisten muß, so ergibt sich von selbst, daß eine derartige Leistung auf die Dauer nicht nur unmöglich, sondern auch unverantwortlich ist, wenn man noch bedenkt, daß für die vielen Verlager des Geldes in die Hände der Kapitalgeber, die sich nicht erfüllen; manche werden bei vorzeitigem Verlassen der Schule — infolge ihrer Krüppelbildung — auf soziale Bahnen gedrängt, fallen der Fürsorge zur Last und belasten auf diese Weise abermals die Allgemeinheit. Ist nicht unbegründet — aber für die gewählte Schulbahn doch ungeeignet — hätten diese jungen Menschen bei Wahl einer ihrer Veranlagung entsprechenden Schule glücklich und zufrieden werden können.

Unsere höhere Schule wird mehr und mehr zur Massenschule für Mittelmäßige, statt Leistungsschule für Befähigte zu sein.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes: Volksschule und höhere Schule befinden sich in einer Sackgasse, aus der sie recht bald herausgeführt werden müssen.

An Vorschlägen zur Abwehr hat es bisher nicht gefehlt. Das beste Mittel scheint mir der planmäßige Ausbau der Volksschule zu sein, mit dem Ziele, den Schülern eine Ausbildung zuteil werden zu lassen, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens entspricht und die Volksschule geeignet macht, den Unterbau zu bilden für den organischen Aufbau der Berufsschulen. Einmal um das Bildungsniveau der Volksschule zu heben, die Anwartschaft auf die bereits erwähnten Berufe zurückzueröffnen, die Volksschule aus ihrer Isolation herauszuführen und letzten Endes den Zubrang zur höheren Schule einzudämmen. Zur Erreichung eines derartig weitestgehenden Zieles sind natürlich manche Voraussetzungen zu erfüllen und entsprechende Organisationsänderungen durchzuführen, wie sie Stadtoberschuldirektor Kimmelman ja in, anerkennenswerter Weise bereits in Angriff

genommen hat. Die Organisationsänderung erstreckt sich 1. auf die Grundschule, 2. auf den Oberbau der Volksschule. In unserer Grundschule wurden bisher von über 30 Lehrern jeweils zwei Klassen geführt mit einer Durchschnittsstärke von 36 bis 40 Schülern pro Klasse. Nun wurden auf Grund des neuen Finanzgesetzes vom 16. Juni 1930 — trotz absoluter Schülerzunahme von 300 Schülern — 11 Lehrstellen zurückgezogen, was zur Folge hatte, daß die Zahl der Klassen vermindert, aber die Schülerstärke derselben vermehrt werden mußten, so daß sich eine Durchschnittsstärke von 44 Schülern ergab, wodurch die Arbeitsbedingungen beträchtlich verschärfte wurden. Einer Lehrkraft unter solchen Umständen zwei Klassen zu geben, würde 80 bis 90 Schüler auf diese Lehrkraft bedeuten. Das mußte soweit als möglich vermieden werden. Es war deshalb eine Umorganisation dringend nötig, die dann auch dazu führte, daß jeder Lehrer nur eine Klasse bekam — soweit dies heute schon möglich war — und daß außerdem noch Abteilungsunterricht eingeführt wurde. Durch den Abteilungsunterricht können diese großen Klassen in zwei Abteilungen geteilt und jede Abteilung für sich in einer bestimmten Zahl von Stunden unterrichtet werden. In diesen kleinen Abteilungen kann dann das Einzelkind besser erfaßt und gefördert werden; ebenso wird auf diese Weise die unheilvolle Repeating nicht unwesentlich eingeschränkt. Ziel muß sein: Jeder Lehrer eine Klasse und jede Klasse ihren eigenen Lehrer.

Die Organisation des Oberbaues

Die modernen Bildungsgrundsätze verlangen die mechanische Gleichheit, die von allen Schülern, in allen Fächern, dieselbe Aufnahmebereitschaft und die gleiche Verarbeitung fordert. Die neuen Versuchsschulen erreichten vielmehr eine Differenzierung der Schüler nach Begabung und Fertigkeiten, um die in den Schülern liegenden Anlagen stärker zur Entfaltung führen zu können; ohne die Klassengemeinschaft, ihrer erzieherischen Bedeutung wegen völlig aufzugeben.

Anstelle der bisherigen starren Arbeitsfront tritt lediglich eine elastische Schulorganisation, bei der sich die Schularbeit in einen allgemein verbindlichen Unterricht aller Schüler einer Klasse in den sogenannten Kernfächern und in einem Kursunterricht nach Begabungsrichtungen differenzieren, teilt. Diese Teilung ist in Karlsruhe in einzelnen Schulabteilungen zu beweisen in der Weise durchgeführt, daß 28 Stunden Kernunterricht und 4 Stunden Kursunterricht (Fremdsprache, Berufunterricht oder Förderunterricht) erteilt werden. Diese Kursbildung ermöglicht die Pflege individueller Interessen und Neigungen, gibt die Möglichkeit, die Bildungswünsche nach der praktischen Seite hin zu erweitern und damit eine andere, bessere Wertung der praktischen Fähigkeiten zu erzeugen. Der fremdsprachliche Unterricht, obgleich integrierender Bestandteil des Bildungsgedankens der Volksschule, mußte aufgenommen werden, um für den Wirtschaftlichen den Anstoß an das höhere Handlungswesen zu geben, aber auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten her gerechtfertigt werden.

Der Fremdsprachunterricht beträgt wöchentlich 4 Stunden, ist wahrhaftig und unentgeltlich; es kommen aber nur sprachlich befähigte Schüler in Betracht.

Die Unterrichtsverteilung erfolgt durch Lehrkräfte der Volksschule innerhalb ihrer Pflichtstundenzeit. Wer an der Fremdsprache nicht teilnimmt, hat 2 Stunden Förderunterricht in anderen Fächern und 2 Stunden Berufunterricht. Der Berufunterricht, bisher außerhalb der Stundenzeit und freiwillig auf Fertigung von Gebrauchsgegenständen eingestellt, wird derart ausgestaltet, daß er, innerhalb der Pflichtstunden, im Sinne des Arbeitsgedankens den Bedürfnissen des Sachunterrichts gerecht wird. Grundbedingung der Organisation ist reichere Gliederung der Oberstufe und Gabelung des Lehrstoffes ohne Abtrennung von Schülern in getrennten Klassen.

Die Karlsruher Volksschule hat mit dieser Organisationsänderung neue Wege beschritten, die geeignet sein dürften, die Aufwärtsentwicklung einzuleiten und so Karlsruhe unter jene Städte einzureihen, die führend in der Entwicklung der Volksschulwesens sind.

Schieferstammlichen ausgewählt wird. Vom Stahlhelm aber, der doch auch Uniform trägt, will merkwürdigerweise kein Mensch etwas, weder die Spießer am Stammtisch noch die Badische Presse. Oder wird der Stahlhelm als so bedeutungslos eingeschätzt, daß man gar nicht an ihn denkt? Der Hauptgrund wird aber wohl der sein, daß auch der Stahlhelm eine Schutzgarde der Reaktion ist, während das Reichsbanner die Republik verteidigt. Und das läßt auch die Haltung der Badischen Presse verständlich erscheinen.

Kundgebung der Deutschen Kolonialwaren- und Feinkosthändler

Im großen Festhallsaal fand Sonntag vormittag eine stark besuchte Kundgebung von Kolonialwaren- und Feinkosthändlern aus allen Gauen des Reiches statt, der auch Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, einer Reihe von Handelskammern, des Einzelhandels und verwandter Verbände, sowie Abgeordnete der bürgerlichen Parteien des Reichs- und Landtags beimohnten. Der Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Kaufleute der Kolonialwaren, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels, Berlin, Körner, ließ seine Begrüßungsansprache in ein beifolgendes aufgenommenes Buch auf das deutsche Vaterland ausfassen. Nach verchiedenen Begrüßungsansprachen behandelte der preussische Landtagsabg. Dr. K. H. v. Frankfort a. M. als erster Redner das Thema: „Staat und Wirtschaft“. Er übte Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik und forderte die Rückkehr zum Staatssozialismus zur Individualwirtschaft, sowie geeignete Maßnahmen zur Senkung des Zinsfußes. — Generaldirektor Bornmann, M. d. R., zeichnete im zweiten Referat den Weg durch die Selbsthilfe zur Selbstständigkeit. Er setzte sich für Erleichterung der Steuerlast und betonte, daß großkapitalistische und gemeinnützige Betriebe weder steuerlich noch in anderer Weise von Legislative und Exekutive bevorzugt werden dürften. Abhilfe sei nur denkbar durch eine intensive wirtschaftspolitische Betätigung des Berufsstandes. Die Gebrauchsgegenstände müßten von der

Notwendigkeit und Tüchtigkeit der Individualwirtschaft überlassen werden; bei ihnen liege die Zukunft. — Verbandsdirektor T. H. Brahe mit empfehlenden Worten eine Geschäftsbildung, Verlesung, worin die Ausführungen der beiden Referenten über Niederschlag finden. Die Entschlüsselung wurde einmütig angenommen. Damit war die Kundgebung beendet. Sie wird den Lauf des Wirtschaftskreises, der doch in der Zukunft führen wird, nicht aufhalten.

(1) Zur Betriebsführung bei der Eisenbahn Strakenbach schreibt das Städt. Badnam: Der unliebsame Störung des Eisenbahnverkehrs am Sonntagabend bei der letzten Abendvorstellung des Zirkus Sarratani. Der diensttuende Aufsichtsbeamte war gerade im Barock von der Salzkette des Zirkus mittels des besagten eingebauten Strohstrahlens, die an der Endstation des Zirkus aufgestellten Sonderwagen — 35 Wagen — an den Zirkus zu verladen, als eine Stromunterbrechung eintrat. Die Ursache war eine Überleitung des Stromes unter der Eisenbahnunterführung, die durch die Hitze derart ausgedehnt, daß ein Stromabnehmer in der Unterführung hängen blieb und einen Drahtbruch verursachte. Der Drahtbruch wurde sofort mittels der von Kumpur und vom Weierfeld einwirkenden städtischen Autobusse ein Hilfsseil zwischen Draht und dem Schlauchfänger eingerichtet wurde, was doch ein großer Erfolg war, da die Zirkusbesucher nicht gefährdet wurden. Die Zirkusbesucher wurden durch die Zirkus bis zum Schlauchfänger, von wo aus die Strakenbahn wieder abgeholt wurde, zu Fuß zurückzuführen, was von dort aus mit einseitiger Beleuchtung der Zirkus nach der Stadt anzutreten. Nach Behebung der Störung verließen die Eisenbahn wieder fahrtauglich.

(2) Promenade-Konzert. Die Polizeistatelle spielt unter der Leitung von Musikmeister Heißig am Dienstag, dem 24. Juni, von 12-1 Uhr am Stephansplatz, am 27. Juni von 5-6 Uhr auf dem Glockenplatz.

Besucht die Große Lebensmittel-Ausstellung

vom 21. bis 30. Juni in der Ausstellungshalle.

Eintritt 50 Pfg. / Gratisproben-Abgabe

STADTGARTEN
Mittwoch, den 25. Juni, von 16-18 1/2 Uhr:
Nachmittags-Konzert
des Gemeinschafts-Orchesters. 940

ESKA
In jede Küche nur
in dieser Literflasche
QUALITÄTSMARKE

Todes-Anzeige
Am Samstag, den 21. Juni 1930, verschied das Betriebsratsmitglied des Städt. Krankenhauses
Wilhelm Doll
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. Juni 1930, nachmittags 2 Uhr, vom Hauptfriedhof aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Gesamtbetriebsrat der Stadt Karlsruhe

Franz Jarolimek
Schreinermeister, Hardtstr. 28
Lieferung kompl. Aussteueru. Uebernahme von Bauarbeiten
Spezialität: Frankfurter Küchen
Tücht. Schneiderin m. Junges Frau sucht
Büch. u. Maßschneid. u. außer d. Haus. 2181
Büch. u. Maßschneid. u. außer d. Haus. 2181
Büch. u. Maßschneid. u. außer d. Haus. 2181
Büch. u. Maßschneid. u. außer d. Haus. 2181

100 PROZENT
mehr Verdienst durch drei Worte
ständig originell auffallend inserieren

Ein Wagen
Neue
Kartoffeln
eingetroffen!
11 Pfennig
Bücher
in sämtlichen Filialen

Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst
Anlässlich der 43. Jahresversammlung der Gesellschaft finden im großen Saal des städtischen Konzerthauses folgende öffentliche Vorträge statt:
4517
Sonntag, den 29. Juni 1930, 10 Uhr
I. Ministerialrat Prof. Dr. Hirsch Karlsruhe: „Die Schlösser und Hofgärten Badens“ (Mit Lichtbildern)
II. Frau Direktorin Dieckmann, Düsseldorf-Kaiserswerth: „Die Frau und ihr Garten“ (Mit Lichtbildern)
Montag, den 30. Juni 1930, 9 Uhr
I. Prof. Dr. Ing. Dr. rer. pol. Heiligenthal, Karlsruhe: „Die Freiflächen im neuzeitlichen Stadtplan“ (Mit Lichtbildern)
II. Gartenbau-Direktor J. Leibig, Duisburg: „Wirtschaftliche Ziele des öffentlichen Grünwesens“
Interessenten sind zu diesen Vorträgen höflichst eingeladen. **Eintritt frei!**

Hund
(Rottweiler) angelassen. Abzuholen gegen Futtergeld und Einzahlungsgeld. 6876
Grünweidstr. 6, Schulstraße 6.

Badisches Landesheater
Dienstag, 24. Juni
25. Juni
26. Juni
27. Juni
28. Juni
29. Juni
30. Juni
1. Die Schöne Müllerin
2. Die Schöne Müllerin
3. Die Schöne Müllerin
4. Die Schöne Müllerin
5. Die Schöne Müllerin
6. Die Schöne Müllerin
7. Die Schöne Müllerin
8. Die Schöne Müllerin
9. Die Schöne Müllerin
10. Die Schöne Müllerin

25 50 95
Rekord-Tage
Durch ständige Eingänge neuer Artikel
Durch unsere gewaltige Einkaufsmacht
Durch Konzentration auf diese 3 Preislagen
bieten wir immer
Rekord-Auswahl!
Rekord-Leistungen!
Rekord-Preise!
HERMANN TIETZ
KARLSRUHE
Größter Warenhauskonzern Europas im Eigenbesitz!

Schlafzimmer
noch nicht benutzt, hochmodern, echt eiche gebeizt, Schrank steifig, 180 cm, mit Innenpiegel, 2000,-
Rahm, umfänglich für 490,- (statt 700,-)
nur gegen Bar zu verkaufen. Offerten unter Nr. 4601 an das Volksfreundbüro.

Alles
kann man nicht wissen.
Wenn Sie aber Dr. Brauns
Zeitungsfremdwörterbuch
besitzen, können Sie sich
stets informieren. Eserklärt
ca. 4500 Fremdwörter und
kostet nur M. 2,-. Zu haben
Volksfreundbuchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28
Fernsprecher 7020 u. 7021

Schlafzimmer
pol. schwere Qualität, bester aus 20 Bettstellen
m. Pat.-No. 1 Maßschneiderei, 2 Nachttische
u. Komod. 1 Spiegel u. 1
weiche Schrank, zul.
nur 4 190,-
eigen, bestehend aus: 1
Zweifelt, 1 Korb, 1
Küchenschrank u. 6 Stühle,
zul. nur 4 360,- zu
verkaufen bei
D. Gutmann, Rudolf-
straße 12.
Mod. Büllingwagen
soll neu zu verkaufen
Stiefel, 6876
Zentener Straße 17

Frauen!
für leichte
Tätigkeit
gesucht!
(Vorkaufbesuch,
kein Hausieren!)
Werbung heute nach-
mittag von 3-1/2 Uhr
Büro: Herrenstr. 24 II.

Außergewöhnliche Zustände
erfordern
außergewöhnliche Maßnahmen!
Die furchtbare Wirtschaftskrise der Gegenwart zwingt die Massen der Arbeitnehmer zu größter Sparsamkeit, und das in einer Zeit, in der die Zuspitzung der politischen Gegensätze vom Heer der Werktätigen die angespannteste Wachsamkeit und Regsamkeit fordert.
Nie war das durch Bücher vermittelte Wissen notwendiger für die Arbeitnehmerschaft als heute und nie mußte sie gerade auf dem Gebiet des Bücherkaufes aus wirtschaftlichen Gründen zurückhaltender sein. Hier wollen wir mit der Einführung der
Buchkarte
helfen. Jedem Partei- und Gewerkschaftsmitglied, das sich entsprechend ausweist, geben wir durch die **Buchkarte** die Möglichkeit, in wöchentlichen Ratenzahlungen von 50 Pfennig sich langsam eine kleine Bibliothek in freier Auswahl zusammengestellt zu erwerben. Wir liefern unter diesen Bedingungen alle Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels **ohne Aufschlag** auf die Verlagspreise, wobei unsererseits nur auf pünktliche Abführung der Wochenraten gesehen wird.
Parteiengenossen! Gewerkschaftskollegen!
Seid unermüdetlich in der Weiterarbeit jedes Einzelnen an sich selbst! Wissenschaft und Dichtung sind Euch nicht verschlossen! Die **Buchkarte** schafft tatsächlich für jeden von Euch die Möglichkeit wieder Bücher kaufen zu können. Jede weitere Auskunft bei uns!

Zahlen beweisen
Die Versicherungs-Gesellschaft der werktätigen Bevölkerung die
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Gesellschaft aktienlos
gewährt ihren Versicherungsmitgliedern auf die gewinnberechtigten Jahresprämie für 1929
30% Gewinnanteile in der Volksabteilung
35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung
Bei der Volksfürsorge sind
2 Millionen Versicherungen
in Kraft; sie hat ein
Vermögen von rund 100 Millionen RMark
Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstr. 16, Offenburg, Wilhelmstr. 10, p. r., oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 17

Einladung zum
Edeka-Hausfrauentag
am Mittwoch, 25. Juni 1930, nachm. 3 1/2 Uhr,
im großen Saale der Städt. Festsalle Karlsruhe
MITWIRKENDE:
Orchester! Polizei-Kapelle (Leitung: Obermusikmeister Halsig). Tanz-Vorführungen der Tanzschula Mertens-Leger. Lieder: Frau Seiffert-Berlin, Am Flügel: Frau Trudel Mappes-Karlsruhe
Eintritt: 50 Pfennig
wofür Kaffee und Kuchen unentgeltl. verabreicht werden

Volksfreund-Buchhandlung Waldstr. 28
Ruf 7020/21

Lebensbedürfnisverein
Karlsruhe
Matjesheringe solange Vorrat St. 8 Pf.
Neue Kartoffeln Pfd. 10 Pf.
Limburger Käse 40 Pf.
schöne Stangenware Pfd.
Abgabe nur an Mitglieder!